Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 Zł., monatl. 5,39 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 125 Grosch. Danzig 10 bz. 80 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847

Nr. 166. **Bromberg,** Donnerstag den 23. Juli 1931. **55. Jahrg.**

Vor der Lösung.

Das scharfe Tempo, in dem in diesen Tagen die internationalen Verhandlungen geführt werden, beginnt in den ganzen Fragenkomplex, der auf der Londoner Konferenz zur Debatte steht, einige Verwirrung zu bringen. Die Meldungen überstürzen und widersprechen sind, und seit den beiden Pariser Sonntags-Communiqués, die je nach der Geschicklichkeit des Auslegers wenig oder viel besagen konnten, ist eine gewisse Unklarheit entstanden. Das macht es notwendig, in Kürze zu rekapitulieren, was geschehen ist und was erreicht werden sollte.

Vor nunmehr 14 Tagen, knapp nach Annahme des Hoover-Planes durch Frankreich, war infolge der Kreditabzüge des Auslandes die finanzielle Situation Deutschlands äußerst bedrohlich geworden. Die Reichsbank mußte bereits trotz scharfer Krediteinschränkung befürchten, die gesetzliche Notendeckungsgrenze nicht einhalten zu können und der Reichsbankpräsident Dr. Luther begab sich auf seine Blitzreise, um den notwendigen Rediskontkredit zu fordern. Man dachte damals an 1 Milliarde Mark. Die Verhandlungen sind gescheitert, die Danatbank war nicht länger zu halten und mußte ihre Schalter schließen, der Ansturm des deutschen Publikums auf Banken und Sparkassen begann, und die Reichsregierung, die auf eine Auslandshilfe nicht mehr rechnen konnte, mußte zu energischer Selbsthilfe greifen, was sehr rasch eine relative Beruhigung in Deutschland zur Folge hatte. Inzwischen drohte die Krise in größter Schärfe auf das Ausland überzugreifen, insbesondere der Londoner Geldmarkt schien schwer betroffen zu sein, und auch Paris blieb nicht unberührt, wo sofort ein Kurszusammenbruch an der Börse erfolgte.

In diesem Augenblick befand sich der englische Außenminister Henderson, auf der Durchreise nach Berlin, in Paris und konferierte dort mit der Französischen Regierung und den gleichfalls anwesenden amerikanischen Staatssekretären Mellon und Stimson. Die Folge war eine dringliche Einladung der Pariser Regierung an Brüning, der kurz zuvor die Einladung Macdonalds zu der Siebenmächte-Konferenz nach London vorangegangen war. Der Reichskanzler folgte der französischen Einladung, und es kam zu der Pariser Konferenz und zu der Aussprache zwischen Brüning und Laval, auf der die Franzosen erfuhren, daß Deutschland politische Bedingungen für eine französische Kredithilfe nicht annehmen und keines der wenigen Rechte abgeben werde, die ihm der Versailler Vertrag gelassen hat.

Die vorher schon veröffentlichten Bedingungen der Französischen Regierung waren auf die Gewährung eines langfristigen Kredites zugeschnitten. Wenn die Franzosen trotzdem zur Konferenz nach London gingen, wo ausschließlich nach finanziellen und wirtschaftlichen Grundsätzen verhandelt werden sollte, so war es klar, daß dort kein langfristiger Kredit zustande kommen konnte, sondern über einen kurzfristigen verhandelt werden mußte. Die Forderungen, die der Reichskanzler in London aufgestellt hat, nämlich Einstellung der Kreditkündigungen durch das Ausland und Vergrößerung der Golddecke der Reichsbank, sind nichts anderes als die Wiederaufnahme des Planes, den ursprünglich der Reichsbankpräsident Dr. Luther auf seiner mit einem vollen Mißerfolg gekrönten Flugzeugreise durchführen wollte. Über die Einstellung der Kreditkündigungen wurde bereits am Dienstag früh ein Übereinkommen erzielt. Nach den Erklärungen des englischen Premierministers und nach den Mitteilungen über einen neuen Vorschlag Hoovers ist nicht daran zu zweifeln, daß auch der nötige Rediskontkredit in Höhe von 1½ Milliarden Mark zustande kommen wird, der der Reichsbank zur Verfügung stehen soll, wenn die deutschen Selbsthilfemaßnahmen nicht rasch genug die Kreditkrise beheben können.

Diese Lösung ist, wenn sie in der richtigen Form zustande kommt, zweifellos vollkommen ausreichend; denn wenn die Selbsthilfemaßnahmen im allgemeinen ausreichen, um den deutschen Geld- und Zahlungsverkehr ohne Gefahr für die Währung aufrecht zu erhalten, so muß eine so starke Reserve, wie sie in dem Rediskontkredit liegen wird, zu einer raschen Wiederkehr des Vertrauens im In- und Ausland sehr wesentlich beitragen. Ja man darf, da die Kreditabzüge des Auslandes nun abgestoppt sind, hoffen, daß dieser Rediskontkredit nur zu einem Bruchteil in Anspruch genommen werden wird.

Ein Bedürfnis nach einer langfristigen Anleihe, wie sie Frankreich vorgeschlagen hat, besteht unter solchen Umständen nicht, und damit wird es auch völlig gegenstandslos, ob Frankreich für eine solche Anleihe politische Bedingungen aufstellt oder nicht. Man wird freilich noch das Londoner Endergebnis abwarten müssen. Auch wenn die Forderungen des Reichskanzlers erfüllt werden, stehen dem Reich noch schwierige Monate bevor, in denen dann energisch an der Reparationsfrage gearbeitet werden muß; denn soviel steht heute schon fest, daß die Deutschen und mit ihnen Europa, ja die ganze Welt, auch bei noch so günstiger Abwicklung der jetzigen Krise ein zweites und vielleicht ein drittes Tributfeierjahr brauchen werden. Wenn nicht inzwischen das ganze Tributgebäude **zusammenbricht!**

Der zweite Tag der Londoner Konferenz

Die Vormittagssitzung.

London, 22. Juli. (PAT) Nach der ersten Zusammenkunft am Montag nachmittag, die sich bis in die späten Nachtstunden hinzog, traten die Vertreter der sieben Mächte, die an der Londoner Konferenz teilnehmen, gestern vormittag um 10 Uhr im Saale des Foreign Office (des Britischen Außenministeriums) abermals zusammen. Reichskanzler Dr. Brüning, der bis zum Morgengrauen arbeitete, hatte nur eine kurze Ruhepause, da er andauernd mit Berlin telephonierte. Dies betrifft auch die französischen Minister, denen eine direkte Telephonlinie mit Paris zur Verfügung steht. Die belebten Szenen, die sich am Montag abend im Foyer des Hotels abspielten, in dem die deutschen und französischen Delegierten gemeinsam Wohnung genommen hatten, und an den Verkehr im Generalstab während es Krieges erinnerten, hatten gestern früh einer Amtmosphäre der Beruhigung Platz gemacht, was für ein günstiges Anzeichen gehalten wurde.

In der gestrigen Vormittagssitzung, die nahezu drei Stunden lang dauerte, herrschte Einmütigkeit darüber, Deutschland weitere Kredite zu sichern. In der Aussprache stellte u. a. der amerikanische Staatssekretär des Äußeren Stimson fest, daß Amerika seine Kredite aus Deutschland nicht zurückziehe, sondern sie im Gegenteil in der letzten Zeit viel mehr vergrößert habe. Stimson gab auch seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß die großen amerikanischen Banken an der Gewährung von Krediten für Deutschland mitarbeiten werden, unter der Bedingung jedoch, daß ähnliche Institutionen in den anderen Ländern ebenso verfahren werden. Schließlich betonte Stimson die Notwendigkeit der Mitarbeit aller Länder an der Hergabe von Krediten.

In Kreisen, die der Konferenz nahestehen, gewann die Meinung Oberhand, daß die Konferenz nicht mit der Gewährung einer Anleihe an Deutschland ihren Abschluß finden, sondern daß das einzige praktische Ergebnis der Konferenz wahrscheinlich die Gewährung eines kurzfristigen Kredits sein werde. Im weiteren Verlauf der Konferenz wurde vor allem die Frage untersucht, mit welchen Mitteln ein Stillhalte-Konsortium gebildet werden kann, und wie man es anstellen soll, daß nicht nur diee großen, sondern auch die kleinen Banken von einer Zurückziehung ihrer Kredite aus Deutschland Abstand nehmen. Zur Beantwortung dieser Frage wurde für Dienstag nachmittag 3½ Uhr eine Konferenz der Finanzminister angesetzt. Das Problem, wie Deutschland neue Kredite erhalten könnte, wurde in der Morgensitzung überhaupt nicht berührt.

•

Das offizielle Communiqué

über diese Sitzung der Konferenz hat folgenden Wortlaut:

Die Konferenz ist im Foreign Office um 10 Uhr vormittags zusammengetreten und hat sich mit der Besprechung der Methoden für eine internationale finanzielle Zusammenarbeit beschäftigt, durch die in allernächster Zukunft das Vertrauen in Deutschlands wirtschaftliche Stabilität wieder hergestellt werden könnte. Diese Beratung erfolgte als Vorarbeit für die Prüfung weiterer Maßnahmen, die sich notwendig erweisen könnten, um eine **dauernde Sanierung der deutschen Finanzlage auf fester Basis** durchzuführen. Es ist beschlossen worden, daß die Finanzminister der auf der Konferenz vertretenen Staaten nachmittags zusammen mit Dr. Brüning und unter dem Vorsitz Macdonalds zusammentreten, um die Prüfung der vorliegenden Fragen weiter fortzusetzen.

Die Konferenz der Finanzminister.

London, 22. Juli. (PAT.) Die am Dienstag nachmittag unter dem Vorsitz Macdonalds abgehaltene Finanzkonferenz, an der Reichskanzler Brüning, ferner die Minister Snowden (England), Flandin (Frankreich) und Francqui (Belgien) teilnahmen, begann um 3 Uhr und dauerte bis 9 Uhr abends. Die ganze Zeit hindurch beschäftigte man sich ausschließlich mit der Frage von **Vorbeugungsmaßnahmen gegen den Kapitalabfluß aus Deutschland.** Man besprach die technische Seite der eventuellen Organisierung des von Deutschland vorgeschlagenen sogenannten

„Stillhalte-Konsortiums“.

Man kam jedoch zu keinem endgültigen Ergebnis.

Frankreich für langfristigen Kredit, weil bei einer kurzfristigen Hilfe keine politischen Bedingungen angebracht werden können.

Der Standpunkt Frankreichs gegenüber diesen Projekten ist voller Reserve, da nach der Ansicht Frankreichs ein solches Projekt für eine sehr kurze Zeit vorgesehen sei und keine Grundlagen zur wirksamen Milderung der deutschen Krisis gebe. Von deutscher Seite wurde dagegen der Ansicht Ausdruck gegeben, daß derartige Vorbeugungsmaßnahmen, falls sie den Abfluß von Kapitalien aus dem Titel der langfristigen Kredite und Anleihen verhindern könnten, die im August und September fällig sind, und deren Betrag nach deutschen Berechnungen 300 Millionen Pfund Sterling betragen, für Deutschland höchst erwünscht wären, da sie Deutschland zwei bis drei Monate Zeit zur vollkommenen Beherrschung der Wirtschaftslage innerhalb des Reiches geben würden.

Die Ergebnisse der Nachmittagskonferenz der Finanzminister werden am heutigen Mittwoch dem Plenum der Konferenz vorgelegt werden. **Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Konferenz, falls es zu gewissen Entscheidungen in dieser Frage kommt, mit anderen Problemen, die mit der deutschen Krisis zusamenhängen, nicht mehr beschäftigen wird. Die Konferenz würde dann morgen vertagt werden.**

Der neue amerikanische Vorschlag.

Berlin, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der durch das Wolff-Bureau gestern abend veröffentlichte Vorschlag, den die Amerikanische Regierung durch Vermittlung des Staatssekretärs Stimson der Londoner Konferenz vorgelegt hat, hat folgenden Wortlaut:

Der Kern des Problems steckt in der Wiederherstellung des Vertrauens zu der deutschen Wirtschaft sowohl in Deutschland als auch im Auslande. Was die politische Seite anbelangt, so hat Amerika die Hoffnung, daß die europäischen Völker sämtliche Fragen, die ein Mißverständnis hervorrufen, auf dem Wege des gegenseitigen Verstehens und des guten Willens liquidieren werden, so daß die Welt eine politische Stabilisierung Europas erhoffen könnte. Soweit es sich um die wirtschaftliche Seite handelt, so ergibt sich die gegenwärtige schwierige Lage aus den kurzfristigen Krediten. Der gemeinsame Schritt der Gläubigerstaaten in der Frage der einjährigen Stundung aller Schulden der Staaten würde der deutschen Wirtschaft eine bedeutsame Erleichterung bringen.

Deutschland finanziert jedoch seine Wirtschaft in sehr hohem Maße mit Hilfe von kurzfristigen Auslandskrediten. Es ist kein Grund vorhanden, den Wert und die Dauer der Fundamente zu prüfen, auf die sich diese Kredite stützen; doch die in den letzten Wochen herrschende allgemeine Unsicherheit hat eine so große Verringerung des Vertrauens zur Folge gehabt, daß die deutschen Banken und Kreditorganisationen einer ernsten Belastung ausgesetzt waren. Dies trat in zwei deutlich umrissenen Formen in die Erscheinung, so daß es zur Zurückziehung der Bankmittel, sowie zur Verringerung der Gold- und Devisenkredite gekommen ist. Vor allem erfolgte die Veräußerung der Mark in Deutschland selbst und dann die Zurückziehung der Auslands-Depositen. Dies läßt sich durch nichts begründen, und wenn es möglich ist, diesen Verkehr durch eine gemeinsame Aktion aufzuhalten, so ist kein Grund vorhanden, den gegenwärtigen kritischen Stand nicht unverzüglich zu beseitigen. Sofern es sich um die Veräußerung der Mark innerhalb des Landes handelt, so ist dies gerade eine Folge der Bekämpfung der Krisis mit Hilfe von energischen Anordnungen der Deutschen Regierung und der Banken. Gelingt es, die ungerechtfertigten Befürchtungen zu überwinden, so kann der Patriotismus des deutschen Volkes dazu geführt werden, daß es gelingt, die Vernichtung des deutschen Kredits aufzuhalten und den Auslandskredit zu heben.

Die Rechtsopposition an Brüning.

Die Führer der „nationalen Opposition“ haben an Reichskanzler Brüning nach London folgendes Telegramm gerichtet:

Dem ursprünglich als Erleichterung gedachten Plan des amerikanischen Präsidenten Hoover wird **die unverhüllte Absicht Frankreichs** entgegengesetzt, **das deutsche Volk auf die Dauer unter sein Diktat zu zwingen.** So soll aus der Erleichterung eine Verschlimmerung werden. Es wird den verantwortlichen Kreisen in Frankreich nicht unbekannt sein, daß in unserem gequälten Volk, insbesondere in der Jugend, die Verzweiflung derart gewachsen ist, das allerorts gefährlichste Gedankengänge aufkeimen.

Das deutsche Volk, das sich von der Schuld am Kriege frei fühlt, will und kann die ihm aufgezwungenen ungerechten Lasten nicht tragen. Erst recht aber ist eine weitere Schmälerung der deutschen Staatshoheit unerträglich und nicht zu verantworten.

Die gesamte nationale Opposition macht daher in aller Form darauf aufmerksam, daß sie gemäß ihrer Grundeinstellung neue Bindungen, die gegenüber Frankreich eingegangen werden, als für sich rechtsverbindlich nicht ansehen wird.

Graf von der Goltz, Hitler, Hugenberg, Graf Kalckreuth, Bethge, Lind, Seldte, Düsterberg.

Die politischen Bedingungen.

Einen Blick hinter die Kulissen

der deutsch-französischen Besprechungen in Paris läßt uns der Pariser Korrespondent des „Hamburger Fremdenblatts" werfen. Er berichtet dabei Folgendes:

„Den Abschluß der Pariser Beratungen bildete am Sonntag nachmittag eine vielstündige deutsch-französische Besprechung, in der Laval von der Notwendigkeit von Garantien neuerlich zu sprechen begann. Er erwarte von Deutschland einen Vorschlag; denn man werde um diese Garantieformeln nicht herumkommen. Die Hauptrolle in dieser Debatte spielte jedoch Finanzminister Flandin. Er wiederholte die bekannte Forderung nach einem zehnjährigen politischen Moratorium. **Zehn Jahre lang sollte von der Schuldfrage, der Abrüstung, der Schuldenrevision, dem Anschluß, den Ostgrenzen und von allen anderen deutschen Wünschen nicht gesprochen werden.**

Laval präzisierte sogar nochmals, daß ein derartiges zehnjähriges Moratorium einen ebenso langen **Verzicht Deutschlands auf Artikel 19 des Völkerbundpaktes** bedeute.

Als nun aber Reichskanzler Brüning sofort erklärte, daß ihn eine derartige Zumutung mit Trauer erfülle, da unter diesen Umständen von einer Einigung in Paris nicht die Rede sein könne, antwortete ihm Laval sofort sehr freundlich — und diese Antwort berechtigte den Reichsaußenminister Curtius vollkommen, zu sagen, es seien den Deutschen keine untragbaren Forderungen gestellt worden — man solle sich doch nicht die Freude an einem so herzlichen Kontakt verderben lassen. Die Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich habe sich gezeigt, und er zweifle nicht daran, daß sich Mittel und Wege zur Fortführung der Verhandlungen finden würden.

Paris zürnt den Engländern.

Die Londoner City als Sündenbock.

Sehr bemerkenswert sind Ausführungen, die der französische Journalist Sauerwein einem Berliner Mittagsblatt telephonisch gegeben hat, denn Sauerwein steht dem französischen Außenministerium sehr nahe. Sauerwein hat u. a. gesagt:

„Daß die Verhandlungen über die Anleihe nicht heute schon zu einem Erfolge gekommen sind, wer könnte sich darüber wundern? Wenn auf der einen Seite Geld und auf der anderen Seite solche Bedingungen verlangt werden, kann man nicht erwarten, daß in 48 Stunden ein brauchbares Abkommen zustande kommen kann.

Das ist besonders schwierig, wenn andere Mächte, die kein Geld anbieten, die aber ein Interesse daran haben, daß kein deutsch-französisches Abkommen zustande kommt, sehr tätig sind. Ich meine damit nicht England, wohl aber die Londoner City. **Die Londoner Banken haben jahrelang davon gelebt, daß sie in Paris Geld zu drei Prozent aufnahmen und zu sechs, sieben und acht Prozent nach Deutschland weitergaben. Eine deutsch-französische Verständigung ist natürlich für diese Banken eine finanzielle Katastrophe. Auf der anderen Seite aber bedeutet die deutsche Insolvenz auch eine Katastrophe, da sie die englische Insolvenz Frankreich gegenüber nach sich zieht."**

Diese Ausführungen von bedeutsamster französischer Seite dürften den Engländern nicht sehr angenehm in den Ohren klingen. **Offenbar sind bestimmte Pariser Kreise nicht damit zufrieden, daß die ursprünglich Deutschland angesonnenen französischen Bedingungen unter dem Druck der Weltöffentlichkeit zurückgetreten sind.** War vorher Deutschland der schwarze Mann, auf den Paris zeigte, so wird nun England als Sündenbock hingestellt.

*

Optimismus der französischen Presse.

Paris, 22. Juli. (PAT.) Viele politische Redakteure der angesehensten Blätter sind nach London abgereist. In der gestrigen Morgenpresse erschienen daher nicht allein ausführliche Meldungen über die Eröffnung der Londoner Konferenz, sondern auch umfangreiche Kommentare über deren Verlauf und die Rolle, die in dieser Konferenz Frankreich spielen müßte. Die allgemeine Stimmung dieser Kommentare ist optimistisch. Die Blätter der verschiedensten politischen Richtungen sind sich darüber einig, daß die Lage Frankreichs dank seinem gegenwärtigen finanziellen Stande stark sei. Frankreich sei das einzige Land unter allen anderen an den jetzt zur Beratung stehenden Fragen interessierten Ländern, das von einer Katastrophe Deutschlands nicht so sehr betroffen werden könnte. Dagegen habe diese Katastrophe England und Amerika in eine sehr schwierige Lage gebracht. Ohne die Beteiligung Frankreichs werde man Deutschland nicht zu Hilfe kommen können, und zwar aus dem Grunde, weil Frankreich jetzt die größten Goldvorräte hat. Frankreich könne daher dreist auf seinem einmal gewählten Standpunkt beharren. So schreibt der „L'Avenir": Wir fordern, daß alle, die um Hilfe für Deutschland rufen, sich aktiv an der Aktion zur Rettung des Reichs beteiligen. Indessen möchten sie die ganze Last dieser Operation uns aufbürden, ohne uns als Äquivalent dafür irgend welche Garantien zu geben. Damit können wir uns nicht einverstanden erklären. Der Friede ist uns teuer; **doch es gefällt uns durchaus nicht, daß man sich über uns lustig macht.**

In einigem Widerspruch zu dem ersten Teil dieser Pat-Meldung läßt sich das „Berl. Tagebl." aus London berichten, daß dort mit der Möglichkeit gerechnet werde, **im Notfall ohne Frankreich verhandeln zu können.** Trotzdem dürfte England erst alle Mittel erschöpfen, bevor man daran denkt, sich ohne Frankreich an einer Stützungsaktion für Deutschland zu beteiligen.

*

Die Londoner Presse

versieht ebenfalls die Beratungen der Londoner Konferenz mit umfangreichen Kommentaren. **„Daily Mail"** meint, eine große Bedeutung besitze die Tatsache, daß London wiederum zu einem Hauptzentrum der internationalen Diplomatie geworden ist. Während der gegenwärtigen Finanzkrisis hätten es die Ruhe und die Beherrschung, die die Wirtschaftskreise Londons an den Tag gelegt haben, bewirkt, daß London der Welt ein Beispiel gibt. In Großbritannien seien alle Bedingungen vorhanden, die zur Ausschaltung von Reibungen und zur Wiederherstellung des guten Willens **notwendig sind.**

Die **„Daily News"** vertritt den Standpunkt, daß es, um Deutschland im gegenwärtigen Augenblick Geld zu geben, notwendig und vernünftig wäre, daß Europa eine neue Periode des wahrhaften Friedens mit der Gewißheit beginnt, daß wirkliche Schritte unternommen werden, um die Hindernisse zu beseitigen, die die Angst und der Nationalstolz zur natürlichen wirtschaftlichen Entwicklung in den Weg stellen. Es sei sicher, daß die gegenwärtige Konferenz dieses Werk nicht ganz vollbringen kann. Sie werde dazu keine Zeit haben. Ihre Aufgabe müßte es sein, auf die Mittel hinzuweisen, die der Welt die Gewißheit geben, daß die Probleme, die nicht jetzt entschieden werden können, später in einer loyalen Art entschieden werden.

Die deutsch-österreichische Zollunion vor dem Haag

Der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag ist am Montag in öffentlicher Sitzung zusammengetreten, um sich auf Antrag des Völkerbundrats mit dem deutsch-österreichischen Zollabkommen zu beschäftigen.

Die dem Gerichtshof vorgelegte Frage lautet wie folgt:

> „Würde ein zwischen Deutschland und Österreich auf der Grundlage und in den Grenzen der Grundsätze des Protokolls vom 19. März 1931 hergestellter Zustand vereinbar sein mit dem Art. 88 des Vertrages von Saint-Germain und dem Ersten Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922?"

Um ½11 Uhr ertönte der Ruf „La Cour!" worauf sich alle Anwesenden erhoben und die Mitglieder des Richterkollegiums den Saal betraten, um sodann an dem im Hintergrund auf einer Erhöhung aufgestellten Gerichtstisch Platz zu nehmen. In der Mitte nahm der japanische Präsident Adatschi, rechts von ihm der Vizepräsident Guerrero (Salvador) teil. Links von ihm nahm der amerikanische Beisitzer Kellogg Platz. Es schlossen sich nach rechts an: Baron Rolin-Jacquemyns (Belgien), Fromageot (Frankreich), Altamira (Spanien), Urrutia (Columbien), Professor Schücking (Deutschland) und van Eysinga (Holland), während auf der linken Seite des Gerichtstisches Graf Rostworowski (Polen), de Bustamante (Kuba), Anzilotti (Italien), Sir Cecil Hurst (England), Negulesco (Rumänien), Wang Chung-Hui (China) und der Gerichtsschreiber Hammerskjöld (Schweden) Platz nahmen.

Vor dem Richtertisch ließen sich zunächst die Stenographen und Dolmetscher nieder, während hinter ihnen in einer langen Reihe je ein Tisch für die Vertreter der fünf am Verfahren beteiligten Mächte aufgestellt war. Für Deutschland plädiert der Berliner Universitätsprofessor und Direktor des Berliner Instituts für internationales Recht, Dr. Viktor Bruns, ein Vetter des unlängst verstorbenen Rechtsberaters der deutschen Volksgruppen, Dr. Karl Georg Bruns. Der Standpunkt Österreichs wird von dem bekannten deutschen Völkerrechtler, dem Berliner Universitätsprofessor Dr. Erich Kaufmann entwickelt, dem dabei der Wiener Universitätsprofessor Dr. Sperl zur Seite steht. Frankreich wird durch den juristischen Berater des Quai d'Orsay, Professor Basdevant, die Tschechoslowakei durch den bekannten Politiker und Anwalt beim Pariser Appellationsgerichtshof Plezinger-Bozinow und den Prager Universitätsprofessor Kramar und Italien durch den Präsidenten des Appellationsgerichtshofs in Rom und juristischen Berater des italienischen Außenministeriums Pilotti sowie den früheren Außenminister und jetzigen Universitätsprofessor in Rom, Scialoja, vertreten.

Zu Beginn der Sitzung, zu der sich u. a. mehrere bei der Holländischen Regierung beglaubigte diplomatische Vertreter eingefunden hatten, darunter der deutsche Gesandte Graf Zech von Burkersroda, und der österreichische Gesandte Dr. Duffek, Gesandtschaftsrat Dr. Brenzler vom Auswärtigen Amt in Berlin und etwa fünfzig holländische Pressevertreter, machte Präsident Adatschi von einem österreichischen Antrag Mitteilung, für die zur Behandlung stehende Angelegenheit einen Richter ad hoc benennen zu lassen. Ferner teilte er mit, daß, falls Österreich einen Richter ad hoc zugestanden erhält, auch die Tschechoslowakei auf einen solchen Anspruch erhebt.

Dann begründete Professor Dr. Kaufmann den Antrag der Österreichischen Regierung. Man habe es, so führte er aus, hier mit einer Meinungsverschiedenheit zwischen Österreich auf einer, sowie auf der anderen Seite Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei zu tun. Deutschland habe weder den Friedensvertrag von St. Germain noch das Genfer Protokoll unterzeichnet. Es gehe hier allein um die Frage, ob Österreich durch die Unterzeichnung des Protokolls vom 19. März 1931 in Widerspruch zu den Verträgen gehandelt habe. Allein Österreich sei in dieser Angelegenheit Partei. Deutschland sei nicht Partei. Anders liegen die Dinge für die Tschechoslowakei, die tatsächlich Partei sei. Es bestehe Interessengemeinschaft zwischen Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei. Der Zweck des Artikels 31 des Statuts des Internationalen Gerichtshofes sei aber, die Gleichheit der Parteien bei Behandlung einer Angelegenheit durch den Gerichtshof herzustellen, wenn eine der Parteien nicht im Gerichtshof vertreten sei. Der Gerichtshof weise nun zwei Richter der Gegenpartei auf, während Österreich durch keinen vertreten sei. Professor Dr. Bruns, der Vertreter der Deutschen Regierung, unterstützte den österreichischen Antrag. Der Gerichtshof zog sich darauf zur Beratung zurück.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verkündete der Gerichtshof, daß er beschlossen habe, keine Richter ad hoc zu berufen, weder für Österreich noch für die Tschechoslowakei. Hierauf wurde die Sitzung auf nachmittags 4 Uhr vertagt.

*

Die deutsche Denkschrift

in Sachen der österreichisch-deutschen Zollunion — ein französisch und englisch gedrucktes Heft, das 16 Seiten umfaßt — untersucht zunächst die juristische Stellung Österreichs, wie diese im zweiten und dritten Abschnitt des Vertrags von St. Germain festgelegt ist.

Hiernach besitzt Österreich die Eigenschaft einer juristischen Persönlichkeit, die als solche nicht nur von den andern Staaten, sondern auch von diesen im Verkehr untereinander anerkannt ist. Hierdurch ist Österreich Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft. Es hat wie jeder unabhängige Staat die juristische Fähigkeit, seine Beziehungen zu andern Staaten kraft des ausschließlichen Entscheids seiner eigenen Organe zu regeln. Diese Fähigkeit enthält sogar das Recht, die eigene Unabhängigkeit aufzugeben oder einzuengen. Der Artikel 88 des Vertrags von St. Germain verfügt, daß die Unabhängigkeit Österreichs nur mit Zustimmung des Völkerbundrats verändert werden kann. Dieser **Artikel schließt gegenüber den Signatarmächten von** St. Germain die Verpflichtung Österreichs ein, wenn es beabsichtigt, seine Unabhängigkeit zu verändern, die Zustimmung des Völkerbundes einzuholen. Deutschland anerkennt im Artikel 80 des Versailler Vertrags die Unabhängigkeit Österreichs.

Die Verpflichtung, die Österreich im Verfolg des deutsch-österreichischen Zollpaktes (Protokoll von Wien) auf sich nehmen will, bedeutet keine direkte oder indirekte Verletzung der Unabhängigkeit Österreichs. Die Vereinheitlichung deutscher und österreichischer Gesetze und Zolltarife kann in keiner Weise als eine Verletzung der Unabhängigkeit der beiden Länder betrachtet werden. Die Schöpfung eines einzigen Zollgebiets läßt die Staatsoberhoheit der beiden Kontrahenten unversehrt. Das Protokoll von Wien verbietet Österreich keineswegs, außer mit Deutschland auch mit anderen Staaten Handelsverträge zu schließen. Der Plan der deutsch-österreichischen Zollunion beruht auf dem Grundsatz absoluter Gleichheit zwischen den beiden Partnern.

Anschließend an diese Denkschrift hielt am Montag nachmittag ihr Verfasser,

Professor Bruns,

als erster Sprecher ein ungefähr dreistündiges Plädoyer.

Er stellte zunächst fest, daß es sich in Sachen des deutsch-österreichischen Zollvertrags um eine rein juristische, nicht wirtschaftliche oder politische Frage handle — eine Auffassung, die leider nicht von Frankreich geteilt werde, das in seine Denkschrift einen langen Abschnitt mit rein wirtschaftlichen und juristischen Betrachtungen eingefügt habe. Wenn man die Frage lösen wolle, ob das genannte Zollregime mit Artikel 88 des Vertrags von St. Germain und dem Protokoll von Genf vereinbar sei, so müsse man zuvor die Verpflichtung Österreichs präzisieren, seine Unabhängigkeit nicht zu verletzen. Über diesen Begriff gehen die Auffassungen der gegnerischen Regierungen in ihren Denkschriften auseinander. Die tschechische Auffassung zeuge sogar in sich selber von einer schwankenden Begriffsbestimmung. Italien wolle Österreich jederlei Verhandlung oder Regelung wirtschaftlicher Art verbieten, die seine Unabhängigkeit gefährden könne. Die französische Auslegung des Begriffs Unabhängigkeit stimme mit der deutschen und der österreichischen Auffassung überein, insofern nämlich festzustellen sei, daß im Artikel 88 des Vertrags von St. Germain und im Protokoll von Genf dieser Begriff den einen und gleichen Sinn habe. Die Urheber der beiden Dokumente hätten sicher in beiden Fällen dasselbe gemeint. Anders stehe es mit der Bedeutung des Begriffs, die verschiedene Auslegungen möglich mache. Nach der französischen Auffassung wäre eine Unabhängigkeit Österreichs überhaupt nicht möglich. Der Artikel 88 des Vertrags von St. Germain, der die Anerkennung der österreichischen Unabhängigkeit durch alle Signatarmächte enthält, hätte dann nämlich nicht eine Unabhängigkeit, sondern die unverletzbare und völlige Abhängigkeit des Österreichischen Staates bestätigt.

Drei Tage Haft für die polnischen Flieger.

Schneidemühl, 22. Juli. (PAT.) Vor dem hiesigen Amtsgericht fand gestern nachmittag die Verhandlung gegen die beiden polnischen Flieger, und zwar den Hauptmann Turosienski und den Sergeanten Wisniewski statt, die am Montag nachmittag auf dem Flugplatz in Schneidemühl gelandet waren. Die Flieger standen unter der Anklage der illegalen Grenzüberschreitung und der Verletzung der Paßvorschriften bzw. der Bestimmungen über den Flugverkehr. Zu der Verhandlung wurde auch ein Dolmetscher hinzugezogen, da die beiden Angeklagten der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Die Angeklagten betonten, daß sie nur infolge des Sturmes und der Nichtfunktionierung des Kompasses, sowie des schlechten Gesundheitszustandes des Hauptmanns Turosienski die Grenze überflogen hätten, wo sie infolge Benzinmangels zur Landung gezwungen worden seien. Die durch die Flugvorschriften geforderten roten Signale bei einer zwangsweisen Landung hätten sie nicht geben können, da sie nicht die notwendige Einrichtung in dem gewöhnlichen Schulapparat gehabt hätten.

Nachdem einige Zeugen, die bei der Landung des Flugzeuges zugegen waren, sowie ein Sachverständiger und ein Hauptmann der Reichswehr vernommen worden waren, wurden Hauptmann Turosienski zu drei Tagen Haft unter Anrechnung eines Tages, den er im Polizeiarrest zugebracht hatte, und der Sergeant Wisniewski ebenfalls zu drei Tagen Haft, sowie zusätzlich zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er bei der Landung die roten Signale nicht gegeben hatte. Dem Sergeanten wurden 10 Mark für einen im Polizeiarrest zugebrachten Tag angerechnet.

Der Polnischen Telegraphen-Agentur zufolge soll das Urteil in Warschau mit Rücksicht auf seine Schärfe allgemeines Erstaunen hervorgerufen haben, da man angenommen hatte, daß das Gericht nur auf eine Geldstrafe erkennen werde.

Nach der Verhandlung begaben sich die polnischen Flieger in das Gefängnis, von wo der Hauptmann am Donnerstag und der Sergeant am Freitag wieder freigelassen werden. Bisher hatte man die beiden Flieger in einem Hotel interniert.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 22. Juli 1931.

Krakau + 2,96, Zawichost + 0,78, Warschau + 0,53, Plock + —. Thorn — 0,09, Fordon + 0,05, Culm + 0,24, Graudenz + 0,08, **Kurzebrak + 0,21, Piekel — 0,56, Dirschau — 0,83, Einlage + 2,34, Schiewenhorst + 2,52.**

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 22. Juli.

Zeitweise heiter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet zeitweise heiteres Wetter mit vereinzelten Niederschlägen und ansteigenden Temperaturen an.

Der Amtsschimmel stolpert
über Tabakpflanzen.

In Polen existiert ein Gesetz, das besagt: „Es ist bei Strafe verboten, Tabak anzupflanzen!" Irgendwo war ein Garten, in dem Blumen wuchsen, gar lieblich. Und zwischen den Blumen, unbekümmert ob des bestehenden Verbots der weltlichen Macht und gemäß dem Befehl des göttlichen Wesens wuchs und vermehrte sich der Tabak.

Und an diesem Garten ging ein Finanzbeamter vorbei und bemerkte die wachsenden Tabakpflanzen. Und er war ein tüchtiger Beamter, darum begab er sich in diesen Garten, legte der Besitzerin derselben seine Legitimation vor und riß alle Tabakpflanzen aus dem Erdreich und zählte sie. Es waren ihrer dreißig! Und die armen Tabakpflanzen wunderten sich sehr, was mit ihnen geschah, denn sie waren doch noch lange nicht reif zur Ernte. Sie wußten ja nicht, daß es ihnen verboten war, sich zu entwickeln. Sie kümmerten sich um kein geschriebenes Gesetz.

Aber der Finanzbeamte störte sich nicht viel um die Gedanken der Tabakpflanzen. Er nahm sie mit auf sein Bureau und vernichtete sie und gab acht, daß auch ja nicht ein winziges Teilchen von ihnen verwendbar blieb. Als er nun mit dieser Arbeit fertig war, setzte er sich an sein Schreibpult, nahm ein Formular zur Hand, auf dem als Titel das Wort „Strafmandat" gedruckt war, füllte dieses Formular schön und sauber aus und sandte es an die Besitzerin des Gartens, in dem der Tabak gewachsen war.

Als diese nun das Strafmandat erhielt, war sie sehr entrüstet. Sie wollte nicht einsehen, wieso sie dazu komme, für 30 Tabakpflanzen, die ohne ihr Zutun in ihrem Garten sich entwickelten, Strafe zu zahlen. Sie hat gegen das Strafmandat Einspruch erhoben. Die Angelegenheit der 30 Tabakpflanzen kam also vor Gericht und beschäftigte fünf Personen. Einen Richter, einen Protokollführer, einen Anklagevertreter, einen Zeugen und die Angeklagte selbst. Die unglückliche Gartenbesitzerin verteidigte sich recht und schlecht und beantragte am Schluß ihrer Ausführungen Niederschlagung der Strafe. Es half nichts, das Urteil lautete auf 10 Złoty Geldstrafe. Sie dürfe nun einmal nicht Tabakpflanzen im Garten dulden.

Man muß sich nun aber fragen: wodurch hat der Staat mehr Schaden erlitten? Wenn die 30 Tabakpflanzen sich weiter entwickelt hätten, oder wenn der ganze Prozeßweg verhindert worden wäre?

§ **Scharfschießen veranstaltet** am 23. und 24. d. M. das 62. Infanterie-Regiment auf dem Schießplatz in Jagdschütz. Die Zugangswege sind gesperrt.

§ **Die Meisterprüfung im Friseurgewerbe bestand** am Montag vor der hiesigen Handwerkskammer Frau Hedwig Krönke.

§ **Verlegung der Staatlichen Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt?** Wie die polnische Presse mitteilt, besteht die Absicht, die staatliche landwirtschaftliche Versuchsanstalt (Kaiser-Wilhelm-Institut) von Bromberg nach Puława zu verlegen, wo sich eine höhere Landwirtschaftliche Schule befindet. Die Verlegung soll auf Sparmaßnahmen im Budget des Landwirtschaftlichen Ministeriums zurückzuführen sein. In Bromberg soll lediglich die Abteilung für Tierhygiene verbleiben. Die polnische Presse beklagt sich darüber, daß man nacheinander mehrere staatliche Ämter aus Bromberg verlegt, so die Radomsker Eisenbahn-Direktion, die Direktion der Staatsforsten und jetzt die landwirtschaftliche Versuchsanstalt. Diese Maßnahmen würden zweifellos zur Verarmung der Stadt beitragen.

§ **Im Gefängnis ist es besser.** In der letzten Zeit werden immer öfter Fälle festgestellt, daß sich Leute freiwillig zum Antritt von Gefängnishaft melden. Sie wenden sich an das Gericht mit der Bitte, die ihnen auferlegte Geldstrafe in Gefängnishaft umzuwandeln und verlangen, so schnell wie möglich ins Gefängnis gebracht zu werden. Sie erklären ihr Bestreben damit, daß sie im Gefängnis wenigstens ein Obdach haben und zu essen bekommen. — Die eigenartigen Verhältnisse unserer Tage verkehren also den Sinn der „Strafe" in eine Wohltat.

§ **Eine neue Volksschule** wird laut Beschluß des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung in Bleichfelde errichtet. Der Magistrat hat einen Kredit in Höhe von 380 000 Złoty für diesen Zweck erhalten. Das Städtische Bauamt ist zurzeit mit der Bearbeitung der Pläne beschäftigt. Die Schule soll neben dem Städtischen Stadion errichtet werden und wird zehn große Schulsäle, einen Zeichensaal, einen Physiksaal, einen Saal für Handarbeiten, sowie Wasch- und Baderäume enthalten. Bis zum Dezember d. J. soll das Gebäude unter Dach und im Jahre 1932 soll es fertiggestellt sein.

§ **An den Falschen geraten.** An einem der letzten Abende kam in ein hiesiges Lokal ein angetrunkener Mann, der mit den Gästen einen Streit zu beginnen suchte. Als sich einer der Gäste die Belästigungen verbat, faßte der Betrunkene den Betreffenden am Kragen und mißhandelte ihn. Niemand der Gäste wagte einzuschreiten, als ein großer stark gebauter Mann das Lokal betrat und sich erkundigte, was hier vorginge. Der Angetrunkene wandte sich nun gegen den Neuankömmling. Dieser befahl in aller Ruhe dem Kellner, die Tür zu öffnen, ergriff den Radaubruder mit der einen Hand am Kragen, mit der anderen am Hosenboden und beförderte ihn im eleganten Schwung auf die Straße. Die Landung war so unsanft, daß der Betrunkene es aufgab, zurückzukehren.

§ **Der heutige Wochenmarkt** brachte mittelmäßigen Verkehr. Für Butter forderte man zwischen 10 und 11 Uhr 1,90 bis 2,10, für Eier 1,50—1,60, für Weißkäse 0,30—0,40. Die Gemüse- und Obstpreise waren wie folgt: Mohrrüben 0,10, Zwiebeln 0,20—0,25, Blumenkohl 0,40—0,60, Schoten 0,25, Bohnen 0,20—0,25, Spinat 0,40, Salat 0,05, Kohlrabi 0,15, Weißkohl 0,15, Rhabarber 0,15, Gurken 0,10—0,25, Radieschen 0,10—0,20, saure Kirschen 0,40—0,45, süße Kirschen 0,80 bis 1,20, Äpfel 0,60, Birnen 0,30—0,50, Steinpilze 3,00, Pfifferlinge 0,30—0,40, Johannisbeeren 0,40, Erdbeeren 1,00, Blaubeeren 0,30—0,35, Stachelbeeren 0,40, Tomaten 1,40 bis 1,50. Für Geflügel zahlte man: Gänse 6,00—8,00, junge Enten 2,00—3,50, Hühner 3,00—4,00, junge Hühner 1,50 bis 2,00, Tauben 0,90—1,00. Die Fleischpreise waren wie folgt: Speck 1,00—1,10, Schweinefleisch 0,80—1,10, Rindfleisch 0,90 bis 1,20, Kalbfleisch 0,90—1,20, Hammelfleisch 1,00—1,20. Der Fischmarkt lieferte Aale zu 1,80—2,50, Hechte zu 1,20—2,00, Schleie zu 1,00—1,80, Plötze zu 0,50—0,70, Barse 0,60—1,20.

§ **Endlich!** Die hiesige Kreispolizei hat jetzt ein Auto erhalten, dessen Fehlen sich bisher sehr unangenehm bei der starken Belastung der Polizei bemerkbar gemacht hat.

§ **Unbekannte Diebe** entwendeten dem Landwirt Leon Ziętak, im Kreise Bromberg wohnhaft, zwei Zentner Kartoffeln von seinem Wagen, den er für kurze Zeit auf dem Wollmarkt unbeaufsichtigt hatte stehen lassen.

§ **Wer ist der Besitzer?** Im 5. Polizeikommissariat befindet sich ein Herrenfahrrad „Nr. 688 Wirsitz", das von einem Diebstahl herrührt. Der rechtmäßige Eigentümer kann sich in dem genannten Kommissariat melden.

z **Inowrocław**, 20. Juli. Feuer entstand am Sonntag gegen 3 Uhr morgens auf dem Grundstück des Stanislaus Błaszczynski. Das Feuer konnte bald von den Hausbewohnern gelöscht werden. — Die hiesige städtische Beratungsstelle für Mutter und Kind hat nicht nur durch Aufstellen einer neuen Quarzlampe eine Erweiterung erfahren, sondern auch durch die Abtretung eines Teiles des evangelischen Kirchengartens. Sowohl den Kindern der Station als auch der umliegenden Straßen ist es gestattet, in den Gartenanlagen zu verweilen. — Einen guten Fang machte die hiesige Polizei mit der Verhaftung des erst ganz kurze Zeit hier anwesenden Jan Jakubowski. Dieser kam angeblich nach Inowrocław zu einer Kur. Tatsächlich aber suchte er durch Inserate in den verschiedenen Tageszeitungen Verkaufsagenten. So fand er auch hier in Inowrocław Leute, die ihr Letztes hergaben, um den versprochenen glänzenden Verdienst einzuheimsen; er ließ sich Kautionen in Höhe von 10—150 Złoty zahlen. Einer dieser Leute, dem die Sache verdächtig erschien, wandte sich an die Polizei, die sich den Herrn dann auch genauer ansah. Eine sofortige Haussuchung förderte ein ansehnliches Material aus den verschiedensten Städten (Danzig, Graudenz, Bromberg) ans Tageslicht, welches ergab, daß J. ein notorischer Kautionsschwindler ist. Besonders liebte er es auch, sich als Theaterimpressario auszugeben und mit stellungslosen Artisten Scheinverträge gegen Bezahlung abzuschließen. — Dem hiesigen Einwohner Franciszek Rokicki wurden in der Nacht zum Sonntag aus seiner Werkstatt Räucherwaren im Werte von 170 Złoty entwendet.

* **Rogowo**, 21. Juli. Die Kirchengemeinde Rogowo gab gestern ihrem verehrten Seelsorger, Pastor Rogall, ein wohlgelungenes Abschiedsfest zum Abschluß seiner 45jährigen segensreichen Tätigkeit in Rogowo. Zu Hunderten waren die Gemeindemitglieder zusammengeströmt, dem geliebten Jubilar ihre Dankbarkeit für sein treues, verständnisvolles Wirken zu zeigen. Mit einem Kinderreigen begann das abwechslungsreiche Programm. Posaunen- und Liederchöre und stimmungsvolle Deklamationen erfreuten die Zuhörer, ganz besonders aber ein Zwiegespräch, von Herrn Weidemann-Mittelwalde verfaßt, das längst verklungene Erinnerungen in dem greisen Jubilar aus dem Anfang seiner Rogowo'er Tätigkeit erweckte, von ihm freudig-bewegt ergänzt, so daß sich vor den Augen der um ihren Pfarrer zum letzten Mal gescharten Gemeinde noch einmal das Lebensbild dieses aufrechten, pflichttreuen, gütigen Menschen entrollte. Die „Frauenhilfe" bewirtete hausfraulich die vielen Gäste, die jungen Mädchen erfreuten die Herzen durch ein von Frl. Gluth künstlerisch arrangiertes und vortrefflich vorgetragenes Spiel. Superintendent Heyse sprach den Dank der Kirche aus. Ein Album mit Bildern seiner Wirkungsstätte und seiner Mitarbeiter wurde dem Scheidenden, der seinen Lebensabend in Thorn zu beschließen gedenkt, als Gruß seiner treuen Gemeinde überreicht.

v. **Argenau** (Gniewkowo), 21. Juli. Bei dem letzten Gewitter schlug der Blitz in ein Dominialhaus in Golnia ein und zündete. Bald stand der ganze Dachstuhl in hellen Flammen. Der Feuerwehr gelang es, größeres Unheil zu verhüten. — Am vergangenen Sonnabend gegen 8 Uhr abends geriet das Lastauto des Herrn Greszmiel aus Dobrzyca auf der Chaussee in Brand. Der Motor brannte vollständig aus, ein Vorderrad wurde von den Flammen vernichtet. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. — Die 21jährige Tochter eines Landwirts aus Heinrichsfelde wurde in einem Wasserloch des eigenen Grundstücks tot aufgefunden. Ob es sich um einen Unglücksfall oder um einen in geistiger Umnachtung verübten Selbstmord durch Ertrinken handelt, konnte bisher nicht festgestellt werden.

* **Kolmar** (Chodzież), 21. Juli. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde das Statut für die großen und kleinen Märkte angenommen. Zu Kassenmitgliedern wurden die Herren Gebauer, Maniewski, Nowacki und Staniewski gewählt. Der Vorschlag des Magistrats um Streichung des Zuschlages zur Einkommensteuer für die Magistratsbeamten wurde abgelehnt. Eine größere Diskussion rief die Arbeitslosenfrage hervor. Der Vorsitzende gab bekannt, daß der Magistrat sich an verschiedene Bankinstitute um Gewährung einer Anleihe von 50 000 Złoty gewandt habe, leider jedoch mit negativem Erfolg. Es wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, Lebensmittelbons an diejenigen Arbeitslosen auszugeben, welche länger als ein Jahr in Kolmar wohnen und keine Beihilfe erhalten. Weiter erhob der Stadtverordnete Dominiak Vorwürfe gegen den stellv. Bürgermeister, Direktor Manczak, daß er die Arbeitslosen parteiisch behandelt hätte und stellte den Antrag, dem stellv. Bürgermeister ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Direktor Manczak stellte fest, daß die Vorwürfe unwahr seien und daß er ihn zur gerichtlichen Verantwortung ziehen werde. Der Antrag des Stadtverordneten wurde abgelehnt.

♁ **Posen** (Poznań), 21. Juli. Bei einem Ausfluge der hiesigen Eisenbahnkanzlisten nach Santomischel ist der hiesige Eisenbahnkanzlist Felix Frąckowiak, als er im dortigen See badete, ertrunken. — Der frühere Direktor der Versicherungsanstalt „Piast", der 50 Jahre alte Stanisław Niewczyk, hat sich aus unbekannter Ursache in Abwesenheit seiner Frau in seiner Wohnung erschossen. — Einen entsetzlichen Unfall erlitt infolge seines eigenen Leichtsinns der 19jährige Gymnasiast Telesfor Gryczyński von hier. Als er von einem Ausfluge heimkehrte, setzte er sich in die offene Tür eines Güterwagens und ließ die Beine herabhängen. In der Nähe der Station Jankowo Dolne blieb er an einem Zaun hängen, wurde aus dem Wagen herausgerissen und erlitt außer schweren Kopfverletzungen den Bruch beider Beine. — Geschliffenes Glas als „echte Diamanten" anzudrehen versuchten zwei Warschauer Betrüger namens Icek Giamatycz und Leib Złotopitra in der Paulikirchstraße. Sie wurden aber von der Polizei erwischt und dem Gerichtsgefängnis zugeführt. — Weil sie bei der Firma „Płonka" auf Zagorze Schreibmaschinen gestohlen hatten, wurden Paul Lachmann, Vinzent Ignaszak mit ihren weiblichen Helferinnen Cäcilie Lewandowska und Kazimiera Winnicka festgenommen. — Als Heiratsschwindler festgenommen wurde ein Mikolaj Flak, ein verheirateter Mann, der einer Veronika Chałupniczak aus der früheren Kronprinzenstraße 400 Złoty durch das Versprechen, sie zu heiraten, aus der Tasche gelockt hatte. — Bei einer Prügelei von seinen Gegnern durch zahlreiche Messerstiche schwerverletzt wurde der 41 Jahre alte Leo Marciniak. Die Messerhelden sind unerkannt entkommen. — Wegen eines beim Bäckermeister Simon in Bukowiec, Kreis Neutomischel, verübten schweren Einbruchsdiebstahls verurteilte die Strafkammer den Arbeiter Spychala aus Wonsowo zu zwei Jahren Zuchthaus, den Arbeiter Leon Biniak ebendaher zu 1½ Jahren Zuchthaus und den Arbeiter Viktor Nowak zu sechs Monaten Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist.

n. **Adelnau** (Odalanów), 20. Juli. Feuer vernichtete das Wohnhaus des Landwirts Andreas Litwin in Lonkosin. Der Schaden beträgt ca. 8000 Złoty und ist nur teilweise durch Versicherung gedeckt.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

e **Alexandrowo**, 20. Juli. Während des letzten schweren Gewitters zündete der Blitz ein Wohnhaus des Besitzers Oblamski in der Kolonie Czamaninek. Der Wind trug das Feuer auf die Gebäude der Nachbarn Łaczkowski und Maciejewski hinüber. Auch diese brannten völlig nieder. Der Schaden ist groß. — In Jaronowo schlug ein Blitz in das Gehöft des Landwirts Walenty Przekwas. Es wurde in Asche gelegt. — Sein ganzes Anwesen büßte der Besitzer Józef Sobieraj im Zarembowo infolge Blitzschlages ein. Im Feuer kamen ein Pferd und ein Kalb um. — In Czamaninek wurde die Scheune des Bauern Franciszek Lisiecki vom Blitz angezündet. Sie brannte nieder. — In Radziejow brach in einem Insthause Feuer aus. Während der Rettungsarbeiten trugen Marjanna Tyczkowska und die Feuerwehrleute Franciszek Kozłowski, Kopkiewicz, Jan Kozłowski und Jan Zalewski empfindliche Brandwunden davon. — Unvorsichtiges Umgehen mit Feuer war die Ursache eines Brandes, dem das Anwesen des Besitzers Jan Lisowski in Kozjady zum Opfer fiel. — Ein Rußbrand verursachte ein Feuer, wobei die Gehöfte der beiden Nachbarn Pawłowski und Walczak in Karolin vernichtet wurden. — Ein schadhafter Schornstein setzte das Wohnhaus des Besitzers Józef Kuranta in Pawałkowice in Brand. Der Wind trieb das Feuer auf die übrigen Wirtschaftsbauten und vernichtete diese ebenso wie das Wohnhaus. — In Bieganowo ertrank beim Baden der 12jährige Jan Nowak.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* **Dt. Eylau**, 17. Juli. Überfallen wurde ein junger Mann, der mit dem Fahrrad von Dt. Eylau nach Allenstein fuhr in der Nähe von Osterode. Am Schießwald, in der Nähe des Lokomotivschuppens, traten ihm plötzlich zwei Männer entgegen, verlangten von ihm Geld und das Fahrrad und drohten, wenn er einen Laut von sich gebe, ihn zu erschießen. Sie durchsuchten seine Taschen und nahmen ihm seine Barschaft in Höhe von 2 RM ab. Durch ein Auto gestört, verschwanden die Wegelagerer im Walde.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki. Druck und Verlag von A. Dittmann, T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 166

Baubeschläge Möbelbeschläge

Neumann & Knitter

Stary Rynek. **Tel. 141.** 5658

Achtung! Hühnerfarmen!

Besten Kleinmais Fisch- und Dorschmehle

liefert äusserst preiswert 6762

Agrar-Handelsgesellschaft, Danzig.





Allerbilligste Preise. 6341

Bequemste Zahlungsbedingungen

Es liegt in Ihrem eigenen Interesse, wenn Sie vor Kauf einer Zentrifuge unser Angebot einfordern. Sie kaufen bei uns bedeutend billiger, wovon Sie sich durch eine Anfrage leicht überzeugen können.

Gebrüder Ramme, Bydgoszcz

ul. Sw. Trójcy 14b Telefon **79.**

HÄMORRHOIDEN

Entzündungen : Juckreiz

Blutungen

beseitigt 6877

HEMORIN KLAWE

Kitzinger Reinzuchthefe

bewirkt sofort, ohne Ansatz, kräftige reine Gärung und ist garantiert frei von schädlichen Keimen. Zu haben in **Bromberg** bei **Hendemann und Bogacz**, in **Żnin** bei **Schmidt, Nakel** bei **Sturtzel** und in vielen anderen Orten sowie bei der Generalvertretung **C. Pirscher, Rogoźno.**

Hebamme

erteilt Rat, diskrete Beratung zugef. **Danek**, Dworcowa 66. 2825

Bydgoszcz, Tel. 18—01

Dr. v. Behrens

bearbeitet allerlei Verträge Testamente, Erbsch. Auflassungen, Hypothekenlöschung. Gerichts- u. Steuerangelegenheiten.

Promenada nr. 3 beim Schlachthaus.

Deutsche Studentin

aus Galizien, der polnischen Sprache völlig mächtig, **sucht**

Ferien-Aufenthalt

mit entsprechend. Vergütung gegen Unterricht in polnischer, französischer oder deutscher Sprache. Angeb. unter **T. 6964** a. d. Geschst. d. Z.

Student der evangl. Theologie möchte im August-September

Nachhilfestunden

in Französisch, Englisch, Latein und Griechisch geben. Bei freier Station ist ein monatlich. Taschengeld erwünscht. Angeb. unter **R. 7021** an d. Geschst. d. Zeitg.

Auskunfterteilung

über Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft schell und sachgemäß, billig. Auskunft nur 7 zł, gegen Voreinsendung. 7019

„EUROPA"

Biuro informacyjne o zdolności kredytowej wł. **Robert Mielewczyk, Poznań,** ul. Fredry 2.

Wer erteilt Unterricht im gewerblichen Zeichnen (Maschinenzeichn.)? Angeb. unt. **A. 2971** a. d. Geschst. d. Ztg.

Wo bietet sich tüchtig. Fachmann (Deutschem) Gelegenheit

ein Büro

für Gerichts- u. Steuerangelegenheiten, Buchführung etc. **zu eröffnen** (mögl. deutsche Gegd.). Gefl. Zuschr. u. **L. 7006** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Heirat

Tücht. Kaufmann, sol. u. strebs., Anf. 40., i. Dtschl., wünscht mit geschäftst., verm. Dame zw. **baldig. Heirat** in Briefw. zu treten. Ww. n. ausgeschl. Ausf. Angeb., mögl. m. Bild, erb. unt. **S. 2907** a. d. Geschst. d. Z.

Suche für jungen dtsch.-kath. Herrn, 26 Jahre alt, gute Erscheinung, mit Barvermögen 6971

Lebensgefährtin

am liebsten Einheirat in Geschäft, Bäckereigrundstück od. evtl. gutsteh. Landwirtschaft. Junge Witwe nicht ausgeschl. Bildoff. unt. **W. M. 1557** an d. Ann.-Exp. **Kosmos, Poznań,** Zwierzyniecka 6.

Geldmarkt

20000 zł auf erst. Stelle sucht **Wojciechowski, Bydg.,** Pomorska 36+38

Offene Stellen

Gesucht für 2 Knaben (Sexta und Quarta)

Lehrkraft

für Ferienunterricht in Latein, Polnisch und Rechnen. Als Gegenleistung freier Landaufenthalt. Off. unt. **E. 6987** an d. Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Für mein größeres, lebhaftes **Kolonial-, Eisenkurzwaren- und Schankgeschäft suche** ich einen

Lehrling

Sohn achtbarer Eltern, welcher der deutschen und polnischen Sprache mächtig ist.

Albert Ludwig, Chojnice. 7024

Wirtschaftsfräulein

welche durchaus selbständ. ein. Landhaush. v. 400 Mrg. i. e. frauenlos. Haushalt zu führen versteht, v. sogl. gesucht. Es handelt s. um Dauerstellung. Off. u. **O. 7015** an die Geschäftsstelle **A. Kriedte, Graudenz.**

Zum 1. 9. für einen Gutshaushalt

Hauslehrerin

mit Unterrichtserlaub. zum Unterricht von 4 Kindern (zwei Anfänger, zwei 2. Schuljahr) **gesucht.** Polnische Sprache Beding. Ang. mit Gehaltsanspr. an **Arno Fibelkorn, Ciepłe,** powiat Gniew, Pomorze. 6998

Suche v. sof. od. 1. 8. eine 7018

Stütze

die etwas Nähen kann. poln. Sprache erfordl. **Hotel Borbach, Starogard. Rynek 19.**

Gesucht älteres evangl.

Mädchen f. Alles

mit Koch- und Nähkenntnissen für einen Stadthaushalt auf d. Lande zum 1. August. Frau **G. Abramowski, Jaskowo,** p. Pokrzydowo, pow. Brodnica. 6996

Ich **suche zum 1. 8.** tüchtiges, sauberes

Stubenmädchen

Zeugnisse u. Gehaltsansprüche zu richten an **Frau Asfahl, Plemięta,** 7017 poczta Radzyn, powiat Grudziądz.

Ehrl., saub. **Aufwärter.** f. d. ganz. Tag gesucht **Kołłątaja 6,** 2 Tr. lks. Meld. v. 6—8 Uhr. 2959

Stellengesuche

Geprüfter

Lehrer

sucht Stellung als **Hauslehrer** od. **Privatstund.** Alle Fächer bis Obertertia. Auch Klavier. Off. u. **T. 7026** an d. Geschst. d. Ztg. erb.

Lehrer evgl., Matura, mehrjähr., erfolgreiche Praxis, gut. Polnisch, a. Französisch u. Englisch, **sucht** zum 1. 9. 31 **Stellung** als

Hauslehrer.

Gefl. Ang. u. **K. 2880** an die Gschst. dies. Ztg.

Ober-Inspektor

34 Jahre alt, evgl., der Landessprach. in Wort und Schrift mächtig, 12-jährig. Praxis, der gleichzeitig d. technische Leitung einer Brennerei übernehm. kann, sucht v. 1. 9. evtl. später entsprech. Stelle. Off. u. **D. 2979** a. d. Gst. d. Z.

Berufslandwirt

mit mehrjähr. Praxis, **sucht,** gestützt auf gute Zeugnisse u. Empfehl., von sofort od. später anderweitig Stellung. Bin mit allen ins Fach schlagenden Arbeiten vertraut und habe in letzter ungekündigter Stellung 4 Jahre ziemlich selbständig gewirtschaftet. Mein Chef ist zur Auskunft gern bereit. Herren, die auf einen tüchtigen, zuverlässigen Beamten Wert legen, wollen ihre gefl. Offerten unter **B. 6907** an die Geschäftsstelle dies. Zeitung einsenden.

Förster!

31 Jahre alt, verh., kinderlos, durch langjährige Zeugnisse und Empfehlg. nachweisl. energisch., tücht. Forstmann u. Jäger, **sucht** zum 1. 10. 31 **Stellung.** Gefl. Ang. u. **N. 7011** an die Gschst. d. Zeitg.

Strebsamer

Kaufmann

militärfrei, fast in allen Branchen tätig gewes., mit guten Zeugnissen u. Empfehlungen, firm in der Buchführung u. Kontorarbeiten, **sucht** bei bescheidenen Ansprüch. **Stellung.** Uebernehme auch eine **Vertretung** oder **Filiale.** Gefl. Offerten sind zu richten unter **A. 6977** an die Geschst. d. Ztg.

Schlosser und Dreher

sucht sof. od. spät. **Stellung.** Angeb. u. **H. 7003** a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Jg. Bäckergeselle

sucht Stellung. Off. u. **T. 2963** a. d. Geschst. d. Z.

Tüchtiger

Müllergeselle

22 J. alt, **sucht** v. sof. oder 1. 8. **Stellung. Paul Kaczmarek, Miedzichowo,** powiat Nowy-Tomyśl. 7029

Rettung für Hautkranke!

Hautcreme **„Heilwunder"** Danziger Patent Nr. 1919. Einzigartiges Kosmetikum zur Pflege der Haut, hilft vermöge seiner Eigenschaften selbst in **verzweifelten** Fällen bei **sämtlich. Flechten,** auch **Bartflechte, offenen Beinschäden, Ekzeme, Pickel, Ausschläge** aller Art, **Gesichts- und Nasenröte, Frostschäden** usw.

Glänzende Anerkennungen. Bei Nichterfolg Geld zurück!

Preis 8.60 zł. Versand per Nachnahme, bei **Voreinsendung** des Betrages **portofrei.** Bei Bestellung Zweckangabe erbeten.

Chem. Kosm. Laboratorium „Klossin" 5477

Danzig - (Gdańsk), Hundegasse 43.

Mühlen- u. Speicher-

MÜHLENBAUTEN

Maschinen,

Bedarfsartikel

Wasser-Turbinen

Walzenriffelei

höchster Qualität, modern und preiswert

Ingenieurbesuch kostenlos 6661

C. MÜLLER

Mühlenbauanstalt — Maschinen-Fabrik

DANZIG-LANGFUHR.



BLOCK-250 gr.

1.25 zł.



BESTE

KOCH-SCHOKOLADE 5388

Aelterer erfahrener

Müller

evangel., verheiratet, an alte Arbeitszeit gewöhnt, sucht Stellung. Angeb. unter **G. 7000** an die Geschst. d. Ztg.

Gärtnergehilfe

23 Jahre alt, 6 1/2 Jahre in 1. Handelsgärtnerei gewes., wünscht Stellg. Gute Zeugnisse vorhd. **Hugo Polsfuß, Budzyn,** pow. Chodzież. 6978

Lehrerin ev. mit Unterrichtserlaubnis, sucht v. 1. 9. Stellg. **a. Hauslehrerin.** Off. unter **W. 2969** an die Geschst. dies. Zeitg.

Abiturientin

(hum.) Poln. u. deutsch sprechend, **sucht Stellg.** als Praktik. i. Apotheke. **Christel Röhr,** 7014 **Toruń, Mostowa 22.**

Wirtin

31 Jahre alt, firm in allen Zweigen eines Landhaushalts, **sucht** p. 1. August **Stellung** (Gegend gleich). Gefl. Offerten unter **P. 7020** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Lehrerstochter

etw. üb. 20 J., in all. Zweig. d. Hauswirtsch. gut bew., sucht so bald wie mögl. Stellung m. Familienanschl. Off. u. **P. 2952** a. d. G. d. Z.

Mädchen m. gut. Zgn. **sucht Stellg.** v. 1. 8. in besser. Hause. Offerten unter **C. 2978** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

An- u. Verkäufe

Gute Kaufgelegenheit! Massives Hausgrundstück

mit großer Scheune u. Stall, in großem Kirchdorf an Bahnstation gelegen, von sofort billig **zu verkaufen.** Preis 7500 Złoty. Gefl. Zuschriften unt. **J. 7004** an die Geschst. d. Ztg.

Haus bis 40000 zu kauf. gesucht Anzahl. bis 15000, Rest nach 2 J. Off. u. **B. 2977** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

1 Paar stahlblaue

Deutsche Doggen

zur Zucht, Ia Stammbaum umständehalber z. verk. **J. Hozakowski, Toruń, Mostowa 12.** Tel. 67. 7013

Kaufe sofort

1 Villa, Sägewerk, Mahlmühle od. Geschäftshaus

in der Stadt an einer belebten Straße gelegen. Vermittler verbeten.

Józef Dullek, Czarna Woda, Pomorze. 7032

Vornehmer Ruhesitz in Zoppot, 7022

7 Min. v. See u. Wald, Telef., Wasserleitung, elektr. Licht, herrl. Park u. Garten, idyllische Lage, fischreiche Teiche mit Boot, Geflügelzucht, Gartenbau, Gewächshaus, **sofort zu verkauf.** Ang. u. R. 4 an Filiale „Dt. Rundschau", H. Schmidt, Danzig, Holzmarkt 22

Dampfdreschkasten „Lanz"

60", 10 Schlagleisten, 7 Riemen

Stroh-Presse „Welger"

für Draht- und Garn-Bindung.

Beide gebraucht, doch gut erhalten und betriebsfähig, billig abzugeben. 6548

E. Schulze & T. Majewski, Bydgoszcz

Dworcowa 56. Telefon 56.

Stellmacher kaufen **Schirrholz** günstig 6699

bei **K. Suligowski,** Chodkiewicza 34.

580 Morg. **prima Wirtschaft** günst. z. **verkaufen, verpachten od. vertauschen auf ein Wohnhaus. Sokołowski, Śniadeckich 52**

Aelteres

Reitpferd

Gewichtsträg., gut zugeritten, ruhig, autosicher, nicht über 10 J. alt. mögl. ohne Fehler, für ält. Herrn gesucht. Angeb. nebst Angabe von Farbe und Alter unter **Z. 6975** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Fuchswallach

edles Warmblut, 3 1/2 Jahre alt, 1,72 cm groß. verkauft 7023 **Bartel, Brankówka,** poczta Rudnik, powiat Chełmno.

Habe abzugeben einige **schwere hochtragende**

Färsen

die Ende Juli bis Anfang August kalben. **Welke, Mechnacz,** bei Kcynia. 6983

Eine Kuh (in 5 Tagen kalbend) und **ein 7jähr. Pferd** verkauft 2976 **Krentz, Prądki.**

Gesucht ein gutes, gebrauchtes

Tafelservice

für 24 od. 36 Personen,

1 hübsche Servante

und

1 gebr. Drehrolle.

Offerten unter **S. 7025** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Gold Silber, Brillanten 6465 kauft **B. Grawunder,** Bahnhofstr. 20. Tel. 1686

Feldstecher

(Zeiss) gut erhalten, **zu kaufen gesucht.** Off. unter **Z. 2970** an die Geschst. dies. Zeitg.

Suche Auto

netten kleinen Sporttyp, f. 2—3 Pers., in nur gut. Zust., fahrbereit, günst. geg. Barzahlung **zu kaufen.** Off. unt. **L. 2939** a. d. G. d. Z.

Motorrad mit Beiwag., in gutem Zustande, zu verkaufen. 2911 **Sommer, Gdańska 43**

Ruderboot

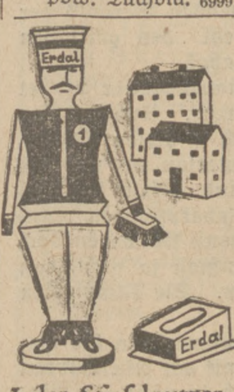
und **Paddelboot** billig zu verkaufen. 6464 **Havemann,** ul. Król. Jadwigi 6a.

Lehrbücher für Englisch zum Selbstunterricht, fast neu, zu verk. Offert. u. **S. 6961** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

20 mm

Schalbretter

in jeder Länge, 45 zł pro cbm, waggonfrei Verladestation, gibt ab **A. Gaul, Tartak Szumiąca,** pow. Tuchola. 6999



Jeder Stiefelputzer in der Stadt, ERDAL-Schuhcrem im Kasten hat.

Erdal für die Schuhpflege.

Fordtraktor

in best. Zust., unt. günst. Beding. zu verk. Off. u. **U. 2964** a. d. G. d. Z.

Verkauf im August

Erdbeerpflanz. Elefant, Monats Schlesien, klein. u. großblüh. Chrysant., Stauden aller Art, echt Lavendel, Himmbeer. Poledno, p. Terespol. 7009

Wohnungen

4- b. 6-Zimm.-Wohn. v. sof. z. m. gesucht. Off. u. **O. 2951** a. d. Gst. d. Ztg.

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer z. verm. Sw. Trójcy 14, part. 2972

Möbl. Zimmer

v. sofort od. später, mit auch ohne Pens., z. verm. **Śniadeckich 28,** II links, Wohn. 8. 2697

Pachtungen

Suche eine

Pachtadministrat. oder Pachtung von 1000—2000 Morg.

Offerten mit genauer Beschreibg. erb. an die Geschst. d. Z. u. **O. 6955.**

Renov. Werkstelle z. verm. **Pomorska 13.** 7027

Beste Kapitalsanlage.



Gebr. Gabriel Möbelfabrik Gdańska 138



ORIGINAL OTTO

Autoöl „Ricin"

Autoöl „Compressor"

Autogetriebefett

liefert: **Otto Wiese**

BYDGOSZCZ DWORCOWA 62 TEL 459

Einladung

zur

General - Versammlung

der

Vereinsbank zu Bydgoszcz,

Sp. z o. o.

am Donnerstag, dem 30. Juli 1931,

abends 6 Uhr

im Lokal des Herrn **Böhlke** (fr. Luckwald) ul. Marsz. Focha 36.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes
2. Genehmigung der Bilanz 1930
3. Genehmigung der Gewinn- und Verlust-Rechnung 7030
4. Entlastung der Verwaltungsorgane
5. Ersatzwahlen zum Vorstand
6. Ersatzwahlen zum Aufsichtsrat
7. Verschiedenes.

Bydgoszcz, den 22. Juli 1931.

Der Aufsichtsrat

F. Hopp, Vorsitzender.

Kapelle Zimmermann

empfiehlt sich zu Hochzeiten, Gesellschaften, Tanz. **Ugory 14.** 6801

Taubheit heilbar! Erfindung **Euphonia.** Spezialist. vorgeführt, beseitigt Schwerhörigkeit, Ohrensausen, Ohrenfluß. Zahlr. Dankschreiben. Verlanget unentgeltliche belehrende Broschüre. Adr.: **Euphonia,** 7012 Liszki bei Kraków.

Heute Krebssuppe

Restaurant Ed. Beidatsch

Gdańska 45. 2975

Casino Restaurant Gdańska 20 Telef. 437.

Mittagstisch von 4 Gängen **1,25 zł,**

á la carte herabgesetzte Preise. 2712

Schweizerhaus (4. Schleuse)

Donnerstag, d. 23. Juli, nachm. 4 Uhr:

Konzert

Kapelle W. Zimmermann

2974 **Kleinert.**

Autobus-Gesellschaftsfahrt nach Zoppot

mit **bequemem Krupp-Wagen** zu den **Waldoper-**Aufführungen. Hin- und Rückfahrt 20 zł. Auskunft erteilt **Holtzendorff,** ulica Pomorska 5. 6981

Bäder und Kurorte

Kurhaus Danzig-Heubude.

Telefon 27604 / 27626. 6420

Idyllisch am Heidsee gelegen. — Vollständig neu renoviert.

Sonn- u. Feiertags große Instrumentalkonzerte.

Täglich Kurkapelle Hessberger.

Erstklassige Bewirtung. — — Bootspark.

Kongressen, Vereinen und Gesellschaften empfohlen.

Auf schön geleg. Gut, nahe Wald, See und Bahn, finden

Sommergäste

angenehmen Aufenthalt bei gut. Verpfleg. und mäßiger Pension. Angebote unt. **R. 6809** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Sommerfrische (Kaschubei), Park, See, Wald, Ruhe, gute Küche. Preis 6—7 Zł. 2806 **Fethke, Wdzydze,** p. Olpuch, Pomorze.

Erholungsort, reizende Lage, gute Verpflegung, elektr. Licht, Angel- und Badegelegenheit. Gefl. Offert. unt. **E. 6677** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Sommergäste nimmt auf **M. Strohschein, Drewce, pow. Bydgoszcz.**

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 166.

Bromberg, Donnerstag den 23. Juli 1931.

Pommerellen.

22. Juli.

Graudenz (Grudziądz).

Weiteres vom Sündenregister der Pe-Pe-Ge-Direktoren.

Außer den Handlungen der arretierten Direktoren der Gummiwarenfabrik (Pe Pe Ge) zum Schaden der Gläubiger und des Staatsschatzes sollen sich diese Leute in nicht geringerem Maße auch mit gewöhnlichen Steuerbetrügereien beschäftigt haben. Diese beruhten — wie die polnische Presse meldet — teils auf Nichtbezahlung der Wechselstempel, teils auf Schmälerung der Steuerverpflichtungen. Weiter haben sich die Direktoren Mißbräuche im Verhältnis zu ihren Arbeitern zuschulden kommen lassen. Abgesehen von der Nichtbezahlung und Zurückbehaltung der Arbeiterversicherungsbeiträge in der Fabrikkasse, verdient folgendes Vorkommnis schärfste Kritik: Einst wendete sich die Direktion der Pe Pe Ge an ein staatliches Geldinstitut um finanzielle Hilfe und begründete das damit, daß die erbetene Summe zur Lohnzahlung notwendig wäre. Das erhaltene Geld ist aber nicht für den angegebenen Zweck, sondern als Honorar für eine der Fabrik nahestehende, einflußreiche Persönlichkeit verwendet worden.

Die verhafteten drei Pe Pe Ge-Leiter werden sich vor Gericht zu verantworten haben wegen der Verheimlichung ihres finanziellen Nutzens und Nichtentrichtung der Steuern usw., bei gleichzeitiger Drohung an die Regierung, im Falle der Verweigerung geldlicher Hilfe die Fabrik zu schließen. *

× **Standesamtliche Nachrichten.** In der Woche vom 13. bis zum 18. Juli d. J. gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung: 22 eheliche Geburten (12 Knaben, 10 Mädchen), sowie 6 uneheliche Geburten (4 Knaben, 2 Mädchen), ferner 10 Eheschließungen und 10 Todesfälle, darunter 5 Kinder bis zu einem Jahr (3 Knaben, 2 Mädchen). *

× **Der neue Erholungsgarten an der Oberbergstraße** (Nadgórna), am Einlauf der Kasernenstraße (Koczarowa) steht nahe vor seiner Vollendung. Viel ist dort inzwischen geschaffen worden. Aus dem bisher ziemlich gestaltlosen, einige zehn Meter hohen Gelände hat man schöne Terrassen herausgeschnitten, Aufschüttungen vorgenommen, Rasen- und Blumenanlagen geschaffen, Treppen hergestellt. Ruhebänke laden zum Verweilen, ein Sandkasten die Kleinen zum Spielen ein. Abfallkörbe sind ebenfalls nicht vergessen worden. Alles präsentiert sich somit aufs vorteilhafteste, und es bleibt nur der eine, freilich sehr bedeutungsvolle Wunsch, daß die Anwohner das zu ihrem Guten Geschaffene in Zukunft mehr schätzen möchten, als es bisher der Fall gewesen ist. Achtlose oder gar Zerstörungslustige haben bereits während der Herstellungsarbeiten leider allzu oft eine abscheuliche Mißachtung der Verschönerungsbemühungen bekundet. *

× **Über die Art der Entrichtung der Gewerbesteuer vom Umsatz** teilt die Izba Skarbowa folgendes mit: Das Finanzministerium hat das bisher bestehende Verbot der Bezahlung der Gewerbeumsatzsteuer durch Vermittelung der Postsparkasse (PKO) in denjenigen Postämtern und Abteilungen der PKO, die sich am Ort der Kas Skarbowych (Finanzkassen) befinden, aufgehoben. *

× **Auf dem Gebiet der Straßenherstellung oder -Ausbesserung** geschieht, der Notwendigkeit folgend, nicht dem eigenen Triebe, in letzter Zeit bei uns wenig. Da freut es einen um so mehr, wenn man sogar etwas Größeres in dieser Hinsicht erblickt. Da ist nämlich in kurzer Zeit an der Gendarmeriekaserne eine Straße, die ul. Okólna, wie sie benannt worden, gepflastert und sogar an der Seite der Kaserne mit einem Bürgersteig versehen worden. Zwar handelt es sich hier nur um eine Belegung des Fahrdammes mit Kleinschlag; aber auch das entspricht dem Zweck. Die neue Straße stellt eine Fortsetzung der Schornhorststraße (Poniatowskiego) dar. *

× **Und immer wieder das Fahrrad.** Jan Lepka aus Lessen (Łasin) ließ vor dem Starostwo sein Fahrrad stehen, das sich ein Langfinger aneignete. — Außer diesem Falle notierte die Diebstahlschronik folgende Eigentumsverletzungen: Frida Mahraun, Oberbergstraße (Nadgórna) 23, beklagt den Verlust von sechs Hühnern im Werte von 36 Zł., Lucja Duboszewska, Uferstraße (Brzeżna) 18, sind vom Boden zwei Stühle im Werte von 50 Złoty, und Adolf Domke, Culmerstraße (Chełmińska) 42/44, aus dem Garten Kartoffeln und Gemüse im Werte von 40 Złoty entwendet worden. *

× **Der letzte Polizeibericht** meldete als festgenommen: einen Trunkenbold, einen Mann wegen Diebstahlsverdachts und zwei Frauenspersonen. Protokolle waren vier zu schreiben, nämlich drei wegen zu schnellen Fahrens mit Motorrad bzw. Auto und eins wegen Abfahrens eines Autobusses zu unvorschriftsmäßiger Zeit. *

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Wirtschaftsverband städt. Berufe. Donnerstag Sprechst. 5—7½ Uhr. Goldener Löwe. (3387 *

Thorn (Toruń).

Aus dem Stadtparlament.

Am letzten Sonnabend fand eine auf Wunsch des Pommerellischen Wojewoden einberufene außerordentliche Stadtverordnetensitzung statt, in der die gleichfalls vom Wojewoden verlangte Bereitstellung von Mitteln zur Beschäftigung der Arbeitslosen beschlossen wurde.

Zu Beginn der Sitzung wurde zunächst das von Ingenieur Kołek erstattete Referat von seiten der in der vorhergehenden Stadtverordnetenversammlung gewählten Kommission angehört, die eine Deckung für die zur Lohnaufbesserung der städtischen Arbeiter, deren Bezüge letzthin um 15 Prozent verringert wurden, erforderlichen Mittel (ca. 100 000 Złoty) suchen sollte. Dieser Kommission war es trotz mehrfacher Sitzungen nicht gelungen, die für den oben angegebenen Zweck erforderlichen Summen aufzufinden, weswegen der unmittelbar zu dieser Sache stehende Antrag des Stadtverordneten Antczak abgelehnt wurde. Die Diskussion über diese Angelegenheit erforderte fast zwei Stunden.

Hierauf kam ein Schreiben des Pommerellischen Wojewoden zur Verlesung. Dieser fordert die Bereitstellung von Krediten zur Beschäftigung der Arbeitslosen wenigstens in Höhe der Summe, die zu diesem Zweck von der „Kasa Skarbowa“ zuerkannt wurde, die bisher an die Stadt zur Beschäftigung der Arbeitslosen ca. 275 000 Złoty gezahlt hat. In Beantwortung dieses Schreibens betonte der Magistrat, daß schon vordem Schritte in dieser Angelegenheit unternommen worden sind und außerdem im Haushaltungsplan für das Jahr 1931/32 Ausgaben für Arbeiten zur Beschäftigung der Arbeitslosen vorgesehen sind. Über diese Summen kann natürlich nur je nach dem Eingange der Budgeteinnahmen verfügt werden, und dies auch erst nach Bestätigung des Budgets, die bisher nicht erfolgt ist.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde über den Magistratsantrag, die Preise für Gas, Strom, Wasser und Zähler zu erhöhen und die sich daraus ergebenden Mehreinnahmen für Arbeiten zur Beschäftigung der Arbeitslosen zu verwenden, verhandelt. Nach einer längeren Diskussion gelangte man schließlich zu einem Kompromiß und beschloß, die Mieten für Gasuhren und elektrische Zähler für die Zeit bis zum 31. Oktober d. J. wie auch bis zum Ende des laufenden Geschäftsjahres, d. h. bis zum 31. März 1932 um zehn Prozent, den Preis für Wasser für die Zeitdauer eines Jahres von 33 auf 40 Groschen und die Preise für Strom und Gas gleichfalls für die Zeitdauer eines Jahres um zehn Prozent zu erhöhen. * *

---

* **Der Wasserstand der Weichsel** hat sich gegen den Vortag wieder um 3 Zentimeter gehoben. Der Pegel stand am Dienstag früh auf 0,07 Meter. — Der von Danzig kommende Dampfer „Zamojski“ legte mit zwei mit Stückgut beladenen Kähnen am Weichselhafen an und setzte später seine Fahrt nach Warschau fort. Der Dampfer „Kołłątaj“, der, wie wir gestern berichteten, bei Bobrowniki (Kongreßpolen) einen Bruch des Steuerruders erlitten hatte, traf mit einem provisorischen Steuer ein, um den Schaden hier beseitigen zu lassen. * *

* **Der Dienstag-Wochenmarkt** war sehr reichlich beschickt, erfreute sich aber nur eines mittleren Besuches. Es wurden folgende Preise notiert: Butter 1,80—2,10, Eier 1,50—1,90, Glumse 0,30—0,50, Sahne 2,00—2,40, Honig 2,20, Enten 3,00 bis 4,00, Suppenhühner 2,50—3,50, junge Hühnchen (Paar) 3,00—3,50, Tauben (Paar) 1,40—1,60, Schweinefleisch 0,80 bis 1,00, Hammelfleisch 0,80, Rindfleisch 0,80—0,90, Kalbfleisch 0,70—0,80, frischer Speck 1,00, geräucherter Speck 1,20, Talg 1,10, Hechte 1,30—1,60, Zander 1,80, Aale 2,00, Weißfische 0,40 bis 0,60, Heringe 0,15—0,17 und Krebse 1,50 die Mandel. Auf dem Obst- und Gemüsemarkt kosteten: Äpfel 0,20—0,50, Birnen 0,30—0,60, Stachelbeeren 0,50, Johannisbeeren 0,25 bis 0,30, Himbeeren 0,60—0,80, Kirschen 0,50—0,70, Blaubeeren 0,30—0,40, Walderdbeeren 1,00—1,20, Preißelbeeren 1,00, Tomaten 1,00, Salat 0,25 je drei Kopf, Spinat 0,20 bis 0,40, Blumenkohl 0,20—0,50, Kohlrabi 0,20, gelbe Bohnen 0,20, grüne Bohnen 0,15, Saubohnen 0,15, Weißkohl 0,15 pro Pfund, Wirsingkohl 0,20 pro Pfund, Karotten 0,10, Meerrettich 0,10, Radieschen 0,10, Schoten 0,30—0,40, Gurken 0,70 bis 0,90 die Mandel, Rehfüßchen 0,20, Steinpilze 0,70—0,90 die Mandel, Suppenpilze 0,15, alte Kartoffeln 0,05—0,07, frische Kartoffeln 0,10—0 15. * *

* **Ein Spezialist für Schrebergärteneinbrüche** wurde in der Nacht zu Dienstag bei einem Einbruch ertappt und der Polizei übergeben. Als sich der Täter nach Zerschlagen einer Fensterscheibe und Öffnen der Innenriegel an seine „Arbeitsstätte“ begeben wollte, wurde er von dem Klempnermeister Franz Zieliński, der gegen 2,30 früh in seinem Garten nach Dieben Ausschau hielt, überrascht, festgehalten und in die Hände der Polizei gegeben. Der Spezialist entpuppte sich als der Bergstraße (Podgórna) 8 wohnhafte Paweł Sobczyński, dem bei einer Leibesvisitation ein langer Dolch und ein gefälschter Stempel mit dem Stadtwappen abgenommen wurden. * *

* **Zwei kleinere Diebstähle,** fünf Übertretungen der polizeilichen Verwaltungsvorschriften und sechs Zuwiderhandlungen gegen die handelsadministrativen Vorschriften verzeichnet der Polizeibericht vom Montag. — Festgenommen und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert wurden zwei Personen wegen Diebstahls, eine Person wegen Umhertreibens sowie drei Personen wegen anderer Vergehen. * *

---

v. **Culm (Chełmno), 20. Juli. In der Nacht zum Dienstag drangen unbekannte Täter über den Hausboden in die Wohnung des 52jährigen Landwirts Willi Malke, wohnhaft in Sztynwag, Kreis Culm. Der durch das entstandene Geräusch aus dem Schlafe geweckte Wirt griff zu seinem Revolver und gab in Richtung der Eindringlinge einen Schuß ab. Diese erwiderten das Feuer und verletzten Malke im Gesicht. Die Täter sind unerkannt entkommen. Es handelt sich scheinbar um 4—5 Personen. Der Überfallene wurde in das Graudenzer Krankenhaus eingeliefert.**

m. **Dirschau** (Tczew), 21. Juli. Auf dem letzten Wochenmarkte verhaftete die hiesige Polizei einen Mann namens Kasimir Łunczyński, aus dem Kreise Stargard stammend, welcher gestohlene Hühner verkaufte. — Im Personenzuge Konitz—Dirschau wurde ein Reisender von bisher unbekannten Tätern mit einem Betäubungsmittel eingeschläfert und bestohlen. Die Diebe entwendeten die Reisetasche mit Inhalt sowie 90 Złoty Bargeld. Der Bestohlene, der aus Starogard stammt, bemerkte den Diebstahl erst in Dirschau und verständigte sofort die Polizei.

ch. **Konitz** (Chojnice), 21. Juli. Wie es heute mit den Landwirten bestellt ist, beweisen die vielen Zwangsversteigerungen. In unserem Kreise fanden Zwangsversteigerungen wie folgt statt: In Lubnia 4 Morgen Getreide auf dem Halm; in Glowczewicach 12 Morgen Getreide auf dem Halm; in Klein-Chelm 2 Britschken, 80 Morgen Getreide auf dem Halm, 2 Ferkel; in Czyczkowo 11 Morgen Getreide auf dem Halm; in Czernia 10 Morgen Getreide auf dem Halm; in Bruß 1 Britschke und 20 Morgen Getreide auf dem Halm.

h **Soldau** (Działdowo), 21. Juli. Die hiesige Polizei verhaftete mehrere Besitzersleute aus Wązyn und Przętek wegen Handels mit narkotischen Artikeln. Die Untersuchung hat ergeben, daß ein Besitzer von einem Kaufmann aus Neidenburg Kokain erhielt. Das Geschäft betrieb die Bande in großem Umfange, denn sie hatte in Warschau ihr eigenes Bureau. Es ergab sich ferner, daß die durch die betrügerische Bande gelieferten Sendungen kein Kokain enthielten, sondern nur eine Mischung von Soda und Natron. Die Verhafteten lieferte man nach Strasburg ins Gefängnis ab.

÷ **Tuchel** (Tuchola), 21. Juli. In einem äußerst verwahrlosten Zustande befindet sich bereits seit längerer Zeit die Holzbrücke über die Brahe bei Hammermühle, Kreis Tuchel. Nur unter Gefährdung des Lebens ist diese Brücke für Fußgänger passierbar, da selbst der Bretterbelag auf der Brücke morsch und teilweise total verfault ist. Fuhrwerke und Autos können die Brücke bereits seit zwei Jahren nicht mehr benutzen, müssen vielmehr auf gewaltigen Umwegen andere Brahebrücken aufsuchen, wenn sie das jenseitige Ufer erreichen wollen. Der Besitzer von Hammermühle, dessen Äcker zum größten Teile auf der gegenüberliegenden Uferseite sich befinden, hat zwar notdürftige Ausbesserungen in den vergangenen Jahren an der Brahebrücke selbst ausgeführt, aber — obwohl dadurch in größter Bedrängnis — er kann unmöglich in diesem Jahr wieder Ausbesserungen vornehmen, da selbst die Tragepfeiler vollkommen morsch und bereits bedenklich wacklig sind. Es muß unbedingt eine neue Brücke errichtet werden. Im Interesse der angrenzenden Ortschaften Liebenau (Gostyczyn), Kamnitz (Kamienica), Minikowo, Klonowo und Klein- und Groß-Byslaw (Bysławek und Bysław) wäre es dringend notwendig, daß behördlicherseits diesbezüglich energische Schritte unternommen werden würden, ehe ein Unglück geschieht. — Im Alter von 87 Jahren starb der Altsitzer Mathias Kurland in Koslinka bei Tuchel. Mit dessen Tode schied ein ehrwürdiger Kriegsveteran, der an den Feldzügen 1864, 1866 und 1870/71 teilgenommen hat. — In Groß-Mangelmühle (Wielki Mędromierz), Kreis Tuchel, ereilte den Besitzerssohn Josef Rhode beim Baden in einer Torfkaule (auf dem eigenen Grundstück) der Tod. Der herbeigerufene Arzt stellte als Todesursache Herzschlag fest.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Windhose über Lublin.

Warschau, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Ein schwerer Orkan hat die Stadt Lublin heimgesucht. Eine Windhose von ungeheurer Kraft deckte fast sämtliche Häuser ab, entwurzelte zahlreiche Bäume und warf Autos und Eisenbahnwagen um. Viele Personen wurden von der Windhose erfaßt und in die Luft geschleudert; etwa 15 Personen sollen getötet und viele verletzt worden sein.

*** Lodz, 20. Juli. Ein schwerer Unfall ereignete sich in der Baumwollfabrik der Firma Julius Lohrer. In der Schlosserei war der Schlossergehilfe Bruno Siege mit dem Schweißen von Eisenröhren vermittels eines Schweißapparates beschäftigt. Plötzlich erfolgte die Explosion des Schweißapparates, wodurch eine Wand und teilweise auch die Decke des abseits stehenden Gebäudes zerstört wurden. Unter den Trümmern lag die schrecklich verstümmelte Leiche Sieges. Beide Arme sowie ein Fuß waren vom Rumpf getrennt, Körper und Kopf waren bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.**

* **Lodz,** 20. Juli. Eine Frau kommt auf der Straße nieder — und wird bestohlen. An der Ecke der Południowa- und Piłsudskistraße kam eine Frau aus Czenstochau nieder. Die Aufregung bei dem ungewöhnlichen Ereignis benutzte ein Dieb, der der Frau die Handtasche mit 320 Złoty stahl.

Thorn.

Graudenz.

Der neue Lemberger Wojewode.

Dr. Rożniecki — bisher Vizewojewode von Lodz.

Auf Vorschlag der Regierung ist der bisherige Vizewojewode von Lodz, Dr. Józef Rożniecki, zum Wojewoden von Lemberg ernannt worden. Das Ernennungsdekret ist bereits unterzeichnet.

Die polnische Oppositionspresse kann sich die Besetzung des Postens des Lemberger Wojewoden durch den Lodzer Vizewojewoden nicht recht erklären und sieht sie eher als einen Verlegenheitsakt an. War es doch kein Geheimnis mehr, daß die Abberufung des bisherigen Lemberger Wojewoden im Zusammenhange mit der ukrainischen Frage erfolgte, und zwar aus denselben Beweggründen, die angeblich auch die Enthebung des Generals Składkowski vom Posten des Innenministers diktierten. Sie beide, der Wojewode, wie auch der Innenminister, waren die Hauptverantwortlichen für die Zustände in Ostgalizien, und die Polnische Regierung hat es daher für geraten gehalten, sie im Hinblick auf die bevorstehende Behandlung der ukrainischen Beschwerden im Völkerbund zunächst von der Bildfläche verschwinden zu lassen.

Das Amt des Lemberger Wojewoden erfordert wegen der komplizierten politisch-nationalen und verwaltungstechnisch schwierigen Struktur dieser Wojewodschaft eine hohe politische Befähigung. Diesem Umstande schien man anfangs auch in entsprechendem Maße Rechnung tragen zu wollen, indem man als Kandidaten für den Lemberger Wojewodenposten die ehemaligen Minister Miedziński und Matuszewski nannte. Die Ernennung des Lodzer Vizewojewoden ist um so mehr eine Überraschung, als Herr Rożniecki bis jetzt in keiner Weise politisch irgendwie bedeutsam hervorgetreten ist. Bemerkenswert ist der Umstand, daß Herr Rożniecki auf dem Posten des Lodzer Vizewojewoden als der ausgesprochene Vertrauensmann der Regierungspartei galt. Dieser Aufgabe wird Herr Rożniecki als Wojewode von Lemberg nicht minder zur Zufriedenheit der Warschauer Stellen gerecht werden können, während die Regierung gleichzeitig in Genf auf eine Neubesetzung des Wojewoden-Postens in Lemberg verweisen kann.

Dr. Józef Bolesław Rożniecki ist im Jahre 1890 in Kiew geboren. Er besuchte ein Gymnasium in Ostgalizien. Im Jahre 1914 trat er in die Legionen ein, in deren Verband er den ganzen Krieg mitmachte. Erst nach dem Kriege absolvierte er die Höhere Kriegsschule. In der Zwischenzeit beendete er seine juristischen Studien an der Universität Lemberg und promovierte dort zum Doktor der Rechte. Im Heere bekleidete Dr. Rożniecki den Rang eines Generalstabsmajors.

*

Der neue Vizewojewode von Lodz.

Der Regierungspresse zufolge wird zum Vizewojewoden in Lodz Major Kirtiklis aus Wilna ernannt werden. Kirtiklis war eine gewisse Zeitlang Wojewode in Wilna an Stelle des Wojewoden Raczkiewicz, als dieser zum Senatsmarschall gewählt worden war.

„Graf Zeppelin" zum Arktisflug bereit.

Die Vorbereitungen zur Polarfahrt des „Graf Zeppelin", die am Freitag angetreten wird, sind abgeschlossen. Die Schiffsbesatzung ist durch Fortfall einer Wache auf 30 Mann vermindert, doch fahren außer Eckener auch die übrigen drei Kapitäne Lehmann, Flemming und v. Schiller mit. Der Funkleiter Dumke wird durch den russischen Funker Krenkel unterstützt.

Die von der Gesellschaft Aeroarctis dazu bestimmten zwölf wissenschaftlichen Teilnehmer, davon sechs Deutsche, drei Russen, zwei Amerikaner und ein Schwede, halten sich in Friedrichshafen zur Abfahrt bereit, ebenso die beiden Presse- und Filmvertreter. Die wissenschaftlichen Apparate sind in das Luftschiff eingebaut. An Lebensmitteln werden außer dem Frischproviant 2000 Kilogramm Dauervorrat als Notproviant verladen. Ferner wurde für den Notfall eine vollständige Polarausrüstung an Booten, Schlitten, Zelten, Zeltkleidung und Waffen an Bord genommen. Die während des letzten Winters eingebaute Zentralheizung ist betriebsfertig, der Wasserballast mit Schutzmitteln frostsicher gemacht.

Post für das Luftschiff läuft beim Postamt Friedrichshafen noch immer in großen Mengen ein. Weitere Post wird auf den kurzen Zwischenlandungen in Berlin-Staaken und Leningrad mitgenommen. Der Gesamtweg, den „Graf Zeppelin" zurückzulegen hat, beläuft sich auf 14 000 Kilometer, wovon 4000 auf die Hin- und Rückfahrt bis Leningrad, rund 10 000 auf die eigentliche Polarfahrt entfallen.

Die Polarfahrt des Eisbrechers Malygin.

Am Sonntag hat der Eisbrecher „Malygin" den Hafen von Archangelsk verlassen, um seine Expedition ins Polarmeer zu beginnen.

Die Fahrt des „Malygin" soll, wenn die entsprechenden Pläne sich verwirklichen lassen, in Verbindung mit dem Arktisflug des „Graf Zeppelin" gebracht werden. Zunächst nimmt der „Malygin", geführt von Kapitän Zschertkow und begleitet von dem Polarforscher Professor Wiese, Kurs auf Franz-Josefs-Land, und zwar auf die Überwinterungsstation in der Tichajabucht, danach werden weitere Inseln des Franz-Josefs-Land-Archipels besucht. Unter anderem die Kronprinz-Rudolf-Insel, wo nach einer Theorie des amerikanischen Arktisforschers Pheal Amundsen niedergegangen sein soll und eventuell sogar noch lebe. Professor Wiese verweist allerdings diese Phealsche Hypothese ins Bereich der Fabel.

Über die Möglichkeit einer Begegnung mit dem Luftschiff „Graf Zeppelin" äußerte sich Professor Wiese dagegen zuversichtlich. Wahrscheinlich könnte die Begegnung im Gebiet des Franz-Josefs-Landes stattfinden. „Malygin" würde einen kleinen Fesselballon steigen lassen, der durch grelle Farbe und ein System von Spiegeln über 60 Kilometer hin sichtbar wäre. Befindet sich „Malygin" zur Zeit der Begegnung im Eise, so würde er für den „Graf Zeppelin" im voraus einen Eisanker legen und an diesem, bei Ankunft des Luftschiffes, ein vor dort herabgelassenes Ankerseil befestigen. Der Verkehr zwischen Schiff und Luftschiff könnte dann durch einen vom Zeppelin herabgesenkten Korb geschehen, der unter Umständen sogar Personen aufnehmen könnte. Trifft der „Graf Zeppelin" den „Malygin" aber in freiem Wasser, so könnte das Luftschiff das gleiche Manöver ausführen, das es bereits auf dem Bodensee ausübte, nämlich auf die Wasserfläche niedergehen. Professor Wiese hob vor seiner Abreise zum „Malygin" hervor, daß der Versuch einer Begegnung und Verbindungsherstellung zwischen dem Eisbrecher und dem Lenkluftschiff nicht so sehr unter dem Gesichtspunkt technischer Sensation betrachtet werden sollte, sondern als zukunftswichtiges Experiment für das Zusammenwirken arktischer Expeditionsmittel in der Luft und im Wasser.

Rundschau des Staatsbürgers.

Steuererleichterung für Lieferanten, die Staatsaufträge haben.

Das Finanzministerium hat eine Verordnung erlassen, wonach gewisse Erleichterungen denjenigen Steuerzahlern gewährt werden, die im Steuerrückstande sind, die aber für staatliche Institute Arbeiten und Lieferungen übernommen haben und daher vom Fiskus noch Gelder zu erwarten haben.

Sofern diese Steuerzahler eine entsprechende Aufstellung der ihnen vom Staate zustehenden Summen vorlegen, sind die entsprechenden Finanzämter verpflichtet, jegliche diesbezügliche Zwangseintreibung vollkommen einzustellen oder einzuschränken, je nach der Höhe der Summe, die der Steuerzahler an das Finanzamt zu entrichten hat.

Sobald die Staatsbehörden, die für die Lieferung fälligen Forderungen auf das Konto des Steuerzahlers überwiesen haben, erfolgt die vollständige Befreiung der gepfändeten Immobilien, sofern die überwiesene Summe zur Deckung der Steuerrückstände ausreicht. Sofern diese Summe aber nur einen Teil der Steuerrückstände zu decken vermag, wird das entsprechende Finanzamt nur den Teil der gepfändeten Gegenstände freigeben, deren Wert der hinterlegten Summe entspricht.

*

Urlaub und Arbeitskündigung.

Das Höchste Gericht hat (in Sachen Nr. I C 157/31) zu einer für das praktische Wirtschaftsleben überaus wichtigen Frage Stellung genommen, und zwar, ob der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer einen Urlaub in der Zeit der Kündigung gewähren kann, sofern der Arbeitnehmer vorher seine Kündigung erhalten hat.

In dem zur Verhandlung liegenden Falle war der Sachverhalt der, daß der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer am 28. Februar gekündigt hatte, der Endtermin demnach am 31. Mai ablief (3 Monate für die geistigen Arbeitnehmer), wobei er ihm gleichzeitig einen Urlaub für den Monat Mai gewährte, d. h. für den letzten Monat der Kündigungsfrist.

Der Arbeitnehmer hatte sich mit diesem Standpunkt nicht einverstanden erklärt und strengte die Klage beim Arbeitsgericht an, welches den Arbeitgeber zur Entschädigung der Urlaubszeit in Höhe eines einmonatigen Lohnes verurteilte. Gegen dieses Urteil legte der Arbeitgeber Berufung beim Bezirksgericht ein, welches das Urteil des Arbeitsgerichtes aufhob und die Klage des Arbeitnehmers zurückwies. Das Höchste Gericht hat den Standpunkt des Bezirksgerichtes jedoch nicht geteilt, indem es dieses Urteil aufhob und das Urteil des Arbeitsgerichtes bestehen ließ. Das Höchste Gericht gab folgende Begründung:

Gemäß Art. 1 des Urlaubsgesetzes hat jeder Arbeitnehmer, welcher die im Gesetz vorgeschriebene Arbeitszeit im Unternehmen gearbeitet hat, ein Urlaubsrecht erworben (und dadurch auch zur Lohnentschädigung für die Urlaubszeit in jedem Kalenderjahre). Er kann dieses Recht verlieren durch Vertragslösung nur dann, wenn er den Arbeitsvertrag selbst kündigt oder wenn der Arbeitgeber diesen Vertrag aus Gründen kündigt, welche ihn zur Vertragslösung ohne Kündigung berechtigen. Alle anderen Fälle der Arbeitsvertragslösung bleiben ohne Einfluß auf das Urlaubsrecht, welches der Arbeitnehmer erworben hat.

Den entsprechenden Bestimmungen der Verordnung über die Arbeitsverträge zufolge kann die Lösung des Arbeitsvertrages, ohne wichtige Gründe und ohne Innehaltung der verpflichtenden Kündigungsfrist, dem Arbeitnehmer das Recht geben, volle Entschädigung für die Kündigungsfrist zu verlangen (3 Monate für die geistigen Arbeitnehmer und 2 Wochen für die physischen Arbeiter). Sofern daher der Arbeitsvertrag gelöst wird, bevor der Arbeitnehmer die Möglichkeit fand, im laufenden Jahre seinen Urlaub anzutreten, stehen diesem Arbeitnehmer gleichzeitig zwei durchaus selbständige und auf getrennten Titeln ruhende Berechtigungen zur Forderung von Entschädigungssummen zu.

Eine solche Kündigung kann daher niemals die Möglichkeit des dem Arbeitnehmer zustehenden Urlaubes ausschalten, d. h. nach Ablauf der Kündigungsfrist. Das Höchste Gericht stand hier auf dem Standpunkt, daß die Lage des Arbeitnehmers niemals schlechter sein darf infolge der Kündigung des Arbeitsvertrages von seiten des Arbeitgebers bei Innehaltung des gesetzlichen Kündigungstermines, besonders, da eine Vertragslösung an sich schon den Arbeitnehmer in eine weniger günstige Lage bringt, zumal er seinen Arbeitspflichten in der Zeit der Kündigungsfrist nachkommen muß.

Aus diesen Gründen ist das Höchste Gericht zu der Folgerung gelangt, daß eine Vereinigung des dem gekündigten Arbeitnehmer gehörenden Urlaubes mit der Kündigungsfrist ohne Einwilligung des Arbeitnehmers nicht zulässig ist. Das Höchste Gericht hat gleichzeitig bemerkt, daß dies nicht gleichbedeutend sei, weder mit einem Aufschub des Urlaubes, noch mit einer Verlängerung, sei es des Arbeitsvertrages, sei es der Kündigungsfrist. Es ist für den Sachverhalt durchaus gleichgültig, ob die Urlaubsbestimmung vor oder nach der Arbeitskündigung erfolgte, oder ob von seiten des Arbeitgebers die Entziehung des dem Arbeitnehmer zustehenden Urlaubes wissentlich oder unwissentlich erfolgte.

*

Keine Beschlagnahme des Eigentums dritter Personen bei Pfändungen.

In Nr. 161 unseres Blattes brachten wir in der Rubrik „Rundschau des Staatsbürgers" eine Notiz „Das Vorrecht der Umsatzsteuer", wonach Art. 92 des Gewerbesteuergesetzes vom Höchsten Verwaltungsgericht dahingehend interpretiert wird, daß bei Pfändungen für Steuerrückstände auch das Eigentum dritter Personen sowie Kommissionsgut beschlagnahmt werden kann. In allen sich hieraus ergebenden Streitfällen hat das Finanzministerium einen für die Kaufmannschaft günstigeren Standpunkt eingenommen. Wir erfahren hierzu aus Warschau noch folgendes:

In diesen Tagen hat das Finanzministerium diese Frage im Sinne der Kaufmannschaft gelöst. Das Ministerium hat nämlich allen Finanzkammern den Auftrag gegeben, daß sie bei der Durchführung von Exekutionen nicht in vollem Umfange von den ihnen im Sinne des Art. 92 des Gesetzes über die Gewerbesteuer zustehenden Rechten Gebrauch machen und daß von der Exekution das Eigentum dritter Personen ausgeschlossen wird. Dieses Eigentum wird dann ausgeschlossen, wenn die Realisierung der Steuerrückstände aus dem beweglichen Vermögen, das sich in dem Unternehmen befindet und nicht Eigentum des Steuerzahlers ist, eine Übertragung der Steuerlast auf dritte Personen bedeutet, die nur lose mit dem Unternehmen verbunden sind. Das ist beispielsweise der Fall bei Abgabe von Ware an das von der Exekution betroffene Unternehmen, ohne daß diese Ware bezahlt ist, ferner bei der Überlassung von Gegenständen zur Verarbeitung, Aufbewahrung usw.

In allen anderen Fällen, in denen der Sachverhalt die Notwendigkeit einer vollen Ausnutzung der Exekutionsrechte durchaus rechtfertigt, werden die Finanzkammern allerdings keinerlei Erleichterungen gewähren. Keine Erleichterungen werden beispielsweise gewährt bei dem Übergang des steuerpflichtigen Unternehmens in den Besitz einer anderen Person, Verpachtung oder Vermietung der Einrichtung des Unternehmens gegen Beteiligung an dessen Einnahmen usw., sowie dann, wenn die Befürchtung entstehen könnte, daß die abgeschlossene Transaktion lediglich die Verhinderung der Steuerexekution zur Folge hat.

Der Ausschluß von Waren und Gegenständen, die sich in dem Unternehmen befinden und dritten Personen gehören, von der Exekution kann lediglich dann erfolgen, wenn die Finanzbehörden auf Grund der ihnen von den interessierten Personen vorgelegten Beweise einwandfrei festgestellt haben, daß die Ware oder die Gegenstände wirklich Eigentum dritter Personen sind.

Rundfunk-Programm.

Donnerstag, den 23. Juli.

Königswusterhausen.

12.00: Wetter. Anschl.: Schallplatten. 14.00: Von Berlin: Schallplatten. 14.50: Von München: Deutsch für die Ausländer. 16.00: Von Berlin: Konzert. 17.00: Dr. Heinrich Michaelis und Maria Knoop: Musik im Märchen (III). 17.30: Carl Maria Holzapfel: Fliegen als inneres Erlebnis. 18.00: Dr. Ludwig Herz: Wie man vor 40 Jahren reiste (II). 19.30: Stunde des Landwirts. Grünlandwirtschaft und Anpassung des Feldbebauungsplanes an die neuzeitlichen Bedarfsverhältnisse. 20.00: Von Königsberg: Konzert. 21.00: Von Leipzig: „Salzburg". 22.00: Tages- und Sportnachrichten. Anschl. bis 00.30: Aus der Femina: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz:

06.45: Frühkonzert (Schallplatten). 11.35, 13,10 und 13,50: Schallplattenkonzert. 15.45: Das Buch des Tages. 16.00: 1. Unterhaltungskonzert (Schallplatten). 17.15: Stunde der Musik. Dr. Otto Kaperl: Mozart als Geiger. 17.35: Das wird Sie interessieren! 17.55: Meine letzte Südseereise. Kapitän Carl Ettling (Sprecher: Willy Koch). 18.45: Von Wien: II. Arbeiter-Olympiade. Aufmarsch der Nationen. 19.15: Wetter. Anschl.: Neue Kindermusik. 20.00: Weltreisereporter erzählen! Aus „Afrika nackt und angezogen" von Kasimir Edschmid. 20.30: „Wir haben keine Zeit!" Funkposse (mit Benutzung von Motiven von Labiche) von Otto Zoff. 21.30: Flötenkonzert. Herm. Zanke. Am Flügel: Franz Marszalek. 22.45—00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

11.30—14.30: Königsberg: Schallplatten. 11.30 und 13.30: Danzig: Schallplatten. 14.50: Von München: Deutsch für Ausländer. 16.30: Konzert. 17,45: Walter Schulz: Die Sprache der Ritter von der Landstraße. 18.25: Bücherstunde. 20.00: Populäres Konzert. 21.00: Salzburg. (Stunde der großen Städte.)

Freitag, den 24. Juli.

Königswusterhausen.

12.00: Wetter. Anschl.: Volkstümliche Klassiker (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Schallplatten. 15.00: Hans Reimann: Lustige Geschichten. 16.00: Von Leipzig: Nachmittagskonzert. 17.30: Dr. Knottnerus-Meyer: Aus dem Familienleben der Tiere. 18.00: Volkswirtschaftsfunk. Dr. Heinz Ludwig: Wie kontrolliert der Industrielle sein Budget? 18.30: Das Erlebnis am Kunstwerk (IV.). William Wauer: Die Siegesallee in Berlin. 18.55: Wetter. 20.00: Min.-Dirigent Dr. Häntzschel: Die Stellung der Presse in Sowjetrußland. 20.30: Von Hamburg: Sinfonieabend. 21.25: Von Leipzig: Deutsche Volkslieder. 22.15: Wetter-, Tages- und Sportnachr. Anschl.: Von Berlin: Abendunterhaltung.

Breslau-Gleiwitz:

06.45: Frühkonzert (Schallplatten). 11.35, 13.10 und 13.50: Schallplattenkonzert. 15.45: Das Buch des Tages. 16.00: Opernnachmittag. 17.15: Selbstbildnisse deutscher Dichter. 18.00: Weltreisereporter erzählen! Hans W. Priwin: Rundfunkfahrt in den Orient. 18.25: Paul Baumann: Wirtschaftsdemokratie. 18.50: Gregor Jarcho: Ausgesperrt zwischen zwei Landesgrenzen. 19.10: Kabarett (Schallplatten). 20.00: Weltreisereporter erzählen. Aus „Der unvollendete Kontinent" von Colin Roß. 20.30: Alte Tänze. Abendmusik der Funkkapelle. Ltg.: Franz Marszalek. 21.40: Neue Tänze.

Königsberg-Danzig.

11.30—14.30: Königsberg: Schallplatten. 11.30 und 13.30: Danzig: Schallplatten. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Liederstunde mit Elly Zimmermann-Behm. 16.30: Njuta Ghosch: Eine Europäerin in Indien. 17.00: Blaskonzert. 19.30: Sinfonie-Konzert. Russischer Abend. 20.30: Von Berlin: Kabarettrevue. 22.30—24.00: Walzer und Märsche.

Sonnabend, den 25. Juli.

Königswusterhausen.

12.00: Wetter. Anschl.: Schallplatten. 14.00: Von Berlin: Schallplatten. 15.00: Wilh. Mayer: Bau von Flugzeugmodellen, Gleit- und Segelfliegern. 16.00: Von Hamburg: Nachmittagskonzert. 17.30: Viertelstunde für die Gesundheit. Wieso empfiehlt mir mein Zahnarzt einen Kurort? 18.00: Konteradmiral a. D. Erich Mahrholz: Seemärchen, Meeresspuk und Aberglauben auf See (III.). 18.55: Wetter. 19.00: Dr. Edgar Stern-Rubarth: Warum Amerika anders ist. 19.30: Stille Stunde. Tiere in des Menschen Hand. 20.00: Von Köln: Lustiger Abend. 22.00: Wetter, Tages-, Sportnachr. 22.30: Von Wien: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz:

06.45: Frühkonzert (Schallplatten). 11.35, 13.10 und 13.50: Schallplatten. 16.00: Das Buch des Tages. 16.15: Unterhaltungskonzert. 18.20: Leo Fall. Funkkapelle. 22.00: Wetter. Anschl.: Das wird Sie interessieren! 20.30: Militärkonzert. 22.30—00.30: Von Wien: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

11.30—14.30: Königsberg: Schallplatten. 11.30 und 13.30: Danzig: Schallplatten. 16.00: Unterhaltungskonzert. 18.30: Dir. Renker: Das Reparationsfeierjahr. 19.20: Wetter. 20.00: Von Wien: Salzburger Festspiele. „Der Barbier von Sevilla". Komische Oper in zwei Akten von Gioachino Rossini (Personen s. bei Wien). 22.30: Wetter, Nachr. der Dradag, Sport. Anschl.: Von Wien: Tanzmusik.

Polnische Forderungen an die Großmächte.

Verzicht auf ein Ostlocarno?

Im Zusammenhang mit dem Zusammentritt der Delegierten der Großmächte und Belgiens zur Londoner Konferenz stellt der Krakauer **„Ilustrowany Kurjer Codzienny“**, ein Blatt des Sanierungslagers, folgende Forderungen auf, die die Großmächte im Interesse Polens Deutschland gegenüber durchsetzen müßten:

Polen erwartet, daß die allgemeine Aussprache über die Wiederherstellung des Vertrauens in Europa auch die deutsch-polnischen Beziehungen betreffen wird, da die imperialistischen Absichten Deutschlands gegenüber Polen, die dauernden Drohungen usw., in bedeutendem Maße das Weltvertrauen zum Deutschen Reich untergraben haben. In dieser Frage muß Polen fordern, daß die europäischen Mächte und die Vereinigten Staaten Deutschland zu verstehen geben, daß **das andauernde Ängstigen mit der Revision der Grenzen**, die provokatorischen Demonstrationen und das vollkommen deutliche Anspielen Deutschlands auf die Verletzung des bestehenden status quo in Europa absolut unzulässig seien. Man hat über politische Garantien Deutschlands viel gesprochen und geschrieben. Damit es keine Mißverständnisse gäbe, muß man sich vergegenwärtigen, welche Garantien für Polen erwünscht und vorteilhaft sind.

Wir stellen fest, daß hier nur die Rede von einer bindenden Verpflichtung Deutschlands den Mächten gegenüber sein kann, die Politik der dauernden Provokationen einzustellen. Diese Frage muß endlich klar aufgerollt werden. Die Abkommen von Locarno und ihr ganzer Wert für Frankreich beruht darauf, daß die deutsch-französischen Grenzen durch England und Italien garantiert worden sind. Dies ist der wesentliche Wert von Locarno. Eine solche Garantie für die deutsch-polnische Grenze haben wir in Locarno nicht erreicht; doch die deutsch-polnische Grenze wird uns unabhängig von den Unterschriften sämtlicher Signatarmächte des Versailler Traktats durch das Bündnis mit Frankreich garantiert. Der Wert von Locarno für Polen beruht also darauf, daß es eine formelle Verpflichtung für Polen und Deutschland schafft, jegliche Konflikte einer Schiedskommission zur Entscheidung vorzulegen; theoretisch schließt es die Möglichkeit der Existenz des Kriegszustandes aus.

Die revisionistische Propaganda Deutschlands aber, die andauernd eine Art sucht, der Weltmeinung den Gedanken einzutrichtern, daß der Stand im Osten einer Änderung unterliegen könne, begann Polen einzureden, daß ein Ost-Locarno gefordert wird, und diese Forderung wurde Polen so lange eingeredet, bis einige polnische Politiker selbst an irgend ein Ostlocarno zu glauben begannen und diese Forderung sogar zu ihren programmatischen Forderungen erhoben. Der Zweck der deutschen Arbeit ist klar. **Wenn man sagt, daß Polen von Deutschland eine abermalige Garantie seiner Westgrenzen fordert, so schafft man eine Fiktion, daß Polen selbst den Stand im Westen als ein Provisorium ansieht, da es schweigend die deutschen Vorbehalte über die deutsch-polnischen Grenzen angenommen habe.** Polen muß also von den Mächten, die sich in der Sorge um den Weltfrieden in London versammeln, zwei Dinge fordern:

1. Das Verständnis, daß die normale Gestaltung der polnischen Wirtschaftsverhältnisse einen der wichtigsten Abschnitte der Befriedung der Welt bildet und daß die ewige revisionistische Propaganda im Rahmen des bestehenden politischen Abkommens unzulässig ist;

2. erfordert die Erhaltung des Gleichgewichts der politischen und wirtschaftlichen Kräfte in Osteuropa, sowie die sichernde friedliche Entwicklung der Verhältnisse, daß die Aktion der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Wirtschaftshilfe nicht allein auf die Kreditaktion für Deutschland beschränkt wird, sondern daß sie auch andere Länder, in erster Linie Polen, umfaßt. Polen befindet sich zwar nicht in der Lage eines Bankrotteurs wie Deutschland; aber trotzdem hat es, und vielleicht gerade deswegen, das Recht, als am weitesten nach Osten vorgeschobenes Zentrum der kapitalistischen Welt, eine wirtschaftliche Hilfe zu fordern. Dies sind die Richtungen, in denen sich die Tätigkeit unserer Außenpolitik bewegen müßte.

*

Es ist außerordentlich bemerkenswert, daß der Krakauer „Kurjer“ mit einer klaren Begründung von der Diskussion über ein Ost-Locarno abrücken will. Er fordert allerdings eine Einstellung der revisionistischen Propaganda in Deutschland, die u. E. vor allem durch den überaus unfreundlichen Ton der polnischen Presse, wie auch durch die Politik gegenüber der deutschen Minderheit, die zu einer Abwanderung von rund 800 000 Deutschen aus Polen geführt hat, angekurbelt wurde. Wer kann in einem politischen Abkommen den Schmerz der Heimatlosen verbieten? Das polnische Volk hat gerade auf diesem Gebiet Erfahrungen, die es die gegenwärtige Situation besser begreifen lehren sollte. Im übrigen: gerade in den letzten Wochen haben wir keine deutsche, wohl aber eine sehr lebhafte polnische Revisions-Propaganda erlebt.

Das Verlangen nach einem Kredit für unseren kapitalarmen Staat ist durchaus verständlich. Wenn Frankreich sich an keiner langfristigen Anleihe für unseren westlichen Nachbarn zu beteiligen braucht, soll es endlich einmal seinen polnischen Freunden tatkräftig unter die Arme greifen. Bisher geschah diese Hilfe nicht ausreichend und nur unter schwersten Bedingungen, die keineswegs dem Enthusiasmus entsprachen, mit dem auch heute gerade die polnische Regierungspresse den Standpunkt jenes Teils der Pariser Blätter unterstützt, der sich durch eine geradezu psychopathische Angst und Gehässigkeit gegenüber Deutschland auszeichnet, und gegen den sich die öffentliche Meinung der übrigen Welt mit erfreulicher Deutlichkeit gewendet hat.

Es ist auffallend, daß der Kurjer Poznański sich an dem Kesseltreiben gegen das durch Tribute ausgeblutete Reich nicht beteiligt.

*

Polen will an den Verhandlungen teilnehmen.

Am Freitag ist der polnische Außenminister August Zaleski, der seinen an der Ostsee zugebrachten Urlaub unterbrochen hatte, wieder nach Warschau zurückgekehrt. In diesem Zusammenhange wirft der Krakauer **„Ilustrowany Kurjer Codzienny“** — in einem zweiten Artikel — die Frage auf, welche Aufgaben der polnischen Diplomatie im Zusammenhange mit den gegenwärtigen Geschehnissen bevorstehen, die durch die Finanzkrise Deutschlands und die damit verbundene Aktion der europäischen Großmächte mit Einschluß der Vereinigten Staaten hervorgerufen wurde. Das polnische Blatt gibt darauf gleichzeitig folgende Antwort:

„Polen ist in hohem Grade daran interessiert, daß die von Deutschland geforderten Garantien eine praktische Handhabe für eine Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen geben. Im besonderen scheint es nicht auszudenken, daß ein Staat, der eine so große finanzielle Hilfe erhält wie Deutschland, auch weiterhin gegen die territoriale Integrität Polens gerichtete Reden dulden könnte, die heute auf der Tagesordnung stehen und bezüglich deren die Reichsregierung sich bis jetzt auf den Standpunkt stellte, daß sie keine Verantwortung für Privatreden von Kampforganisationen übernehmen könne. Wie bereits mitgeteilt wurde, soll die Finanzaktion zugunsten Deutschlands nicht die einzige Aufgabe der Ministerkonferenz der Mächte sein. Schon vorher erwog man die Notwendigkeit, eine finanzielle Hilfe auch anderen Staaten zu gewähren, die sich infolge des Hooverschen Moratoriums und der allgemeinen Wirtschaftskrisis in einer schwierigen Lage befinden. Polen hat im Sinne der Bestimmungen der Haager Abkommen jährlich einen Betrag von 500 000 Goldmark von Deutschland zu erhalten, trägt somit einen verhältnismäßig nicht großen Schaden aus Anlaß des Deutschland zuerkannten Moratoriums. Würde also eine allgemeine Aktion der Finanzhilfe Platz greifen, so wäre es recht und billig, daß auch Polen dabei nicht umgangen wird.

Mit Rücksicht darauf, daß das Interesse Polens an der Frage der technischen Durchführung des Moratoriums nicht groß sei, ist die **Teilnahme Polens an der Sachverständigenkonferenz**, die sich nur mit der rein technischen Seite der Durchführung des Moratoriums zu beschäftigen hat, nicht vorgesehen. Wenn aber in den weiteren Ministerkonferenzen Fragen zur Sprache gebracht würden, die mit den früher abgeschlossenen internationalen Abkommen im Zusammenhange stehen, so scheint es notwendig, daß auf dieser Konferenz auch jene Staaten vertreten werden, die zu den ursprünglichen Unterzeichnern dieser Abkommen (Kellogg-Pakt, Locarno-Abkommen, Young-Plan) gehören. **Auf diese Weise scheint die Teilnahme Polens an dieser Konferenz notwendig.“**

Im Zusammenhange damit meldet der „Ilustrowany Kurjer Codzienny“, daß der polnische Botschafter in London, Skirmunt, vor einigen Tagen von Macdonald in Audienz empfangen wurde und daß Ministerpräsident Laval am Donnerstag mit dem polnischen Botschafter in Paris Chłapowski eine längere Konferenz abhielt.

*

Die Frage des politischen Moratoriums, die in diesem Aufsatz berührt wird, scheint vorläufig nicht aktuell zu sein. Wenn die polnischen Staatsmänner an den Fortsetzungsverhandlungen der Londoner Konferenz teilzunehmen wünschen, werden sie sich an den Berliner Beratungen beteiligen müssen, zu denen die Deutsche Regierung den englischen und den französischen Ministerpräsidenten eingeladen hat.

*

Ein „Friedens“-Artikel,

der gleichfalls viel Unsicherheit verrät

In einem längeren Artikel beschäftigt sich der Warschauer **„Kurjer Poranny“**, gleichfalls ein Regierungsblatt, mit den Aussichten der Londoner Konferenz. Das Blatt geht dabei von seinen wiederholt ausgesprochenen Voraussetzungen aus und kommt dabei — in ersichtlicher innerer Besorgnis, daß die „politischen Bedingungen“ nicht angenommen werden könnten, nach außen hin zu dem Schluß, daß London „doch eine glückliche Lösung der Krisis“ bringen werde. In dem Artikel heißt es u. a.:

„Der Widerstand Deutschlands gegen das sogar so geringe Zugeständnis (!!) für die so riesige Anleihe, um der Welt nicht eine zehnjährige Atempause, die Möglichkeit einer friedlichen Arbeit zuzugestehen, hat auch seine günstige Seite. Dieser Widerstand wird sich als ein wirksamer Anschauungsunterricht für England und Amerika erweisen, daß die Befürchtungen Polens und Frankreichs der Grundlage nicht entbehren. In jedem Falle hat Frankreich schon sehr viel gelernt, so daß sogar die sogenannten industrialisierten Journalisten es eingesehen haben, daß sie oft ein stumpfes Werkzeug in den hinterlistigen Händen (!) der den Krieg vorbereitenden Deutschen waren. (Das glaubt man heute gerade noch in Warschau! D. R.)

Der „Kurjer Poranny“ schreibt dann in völliger Verkennung weiter, es sei schwer anzunehmen, daß die Vertreter der anderen Staaten den Haß der Herren Brüning und Curtius zum Frieden nähren sollten. Denn es hat sich herausgestellt, daß alle andauernd vom Frieden sprechen wollen, daß niemand jedoch am Frieden arbeiten will. (Gilt dieses Wort nicht ganz besonders für den „Kurjer Poranny“? D. R.) Das klare Verstehen dieser Wahrheit durch die Herren Stimson, Mellon und Morgan wird die sozialistischen englischen Friedensenthusiasten beschämen, und Deutschland wird in seiner Forderung in London Geldmittel für die Vorbereitung eines Schlages in den Rücken der Friedensidee vollkommen isoliert werden. (Herr, unklar ist der Rede Sinn! D. R.)

Deutschland ist es übrigens sehr schlecht gegangen. Es hat unterwegs einen Bundesgenossen verloren (?), mit dem es seit dem Pakt von Rapallo so hervorragend eine Erpresserpolitik (?) gegenüber der Welt getrieben hat. Es scheint, als ob die Sowjets Deutschland für ein gutes Linsengericht verkauft haben. (**Es scheint wirklich nicht so! D. R.**) **Frankreich hat sich ungeheuer gestärkt, und da es einen baren Trumpf, einen nicht schlechteren als den amerikanischen, in der Hand hat, wird es sicher verstehen, ihn gehörig auszunutzen und England ebenfalls für seine Friedensgarantien zu gewinnen.** Daß dies weder heute noch morgen geschieht, ist wohl möglich; aber es kann, ja es muß in zwei Wochen, nach einem Monat geschehen. Eines ist gewiß: daß man heute ohne Frankreich nichts anfangen kann, davon haben sich die deutschen Minister schon in Paris überzeugt. (Davon zeugt bereits seit einem Jahrzehnt der ganze europäische Unfriede, davon zeugt die Zerstörung der europäischen, auch der polnischen Wirtschaft durch politischen Haß, wie er auch in diesem Aufsatz dokumentiert wird! D. R.) Diese Tatsachen können für England unangenehm sein, nichtsdestoweniger bleiben sie Tatsachen, ebenso wie diese Wirklichkeit, daß das Gold andauernd aus London nach Paris abfließt. Daher muß auch mit voller Genugtuung (!!) der richtige Satz der „Times“ unterstrichen werden, daß die finanzielle Rekonstruktion solange unmöglich ist, bis die politischen Probleme gelöst sein werden. (Die „Times“ meinen dabei freilich die Ablehnung der französischen politischen Bedingungen.) Zu dieser Arbeit, so heißt es in den „Times“ weiter, sind die allgemeine Beruhigung und das Vertrauen absolut notwendig.

Trotz aller Schwierigkeiten, deren wir noch Zeugen sein werden, ist eine glückliche Lösung dieser heute wichtigsten Probleme zu erwarten. Dieser Optimismus wird von der Sicherheit diktiert, daß man, wenn man eine glückliche Lösung für den Frieden nicht fände, an dem Menschenverstand zweifeln und annehmen müßte, daß die Gedankenverwirrung generell geworden ist. (Wenn man diesen aus Angst, Schadenfreude und Verdrehung gemischten Artikel liest, wird dieser Zweifel freilich bestätigt. D. R.) Wollte Deutschland seine „Katastrophe“ übertreiben und gar zu lange die Nerven der Welt reizen (!!), so wird es aus dieser Psychose (!!) durch eine kurzfristige Hilfe geweckt werden, die ihm gebieten wird, sich mit denselben Problemen, jedoch in einer schärferen Form, in nicht zu langer Zeit zu beschäftigen. Es ist jedoch möglich, daß der letzte Akt dieses tragischen Dramas dennoch trotz allem (?!) in Paris gelöst werden wird.“ —

Lloyd George warnt.

Lloyd George schreibt in der Wiener „Neuen Freien Presse“ in einer Kritik an der Haltung Frankreichs gegenüber dem Hooverschen Plan, u. a. folgende Sätze:

Ein finanzieller Zusammenbruch Deutschlands würde nicht nur die Zahlungen der meisten europäischen Schuldnernationen in Frage stellen, sondern könnte sogar den vollständigen Verlust der sehr bedeutenden Summen mit sich bringen, welche die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren Deutschland geliehen haben. Es ist zwar richtig, daß Amerika in diesem Jahr gemäß dem Hooverschen Plan auf etwa 250 Millionen Dollar verzichten soll; aber innerhalb einer Woche war der Marktwert amerikanischer Börsenpapiere um nicht weniger als 6 Milliarden Dollar gegenüber den Notierungen des Tages vor der Bekanntgabe des Hooverschen Plans gestiegen. Auch wenn dies der einzige Erfolg Hoovers sein sollte, wäre sein Plan bereits durchaus gerechtfertigt.

Dann bespricht der frühere Erste Minister die Möglichkeit einer Revolution in Deutschland und Österreich:

Das ständige Wachsen des Kommunismus in Deutschland bedeutet eine schwere Gefahr für ganz Europa. Der Krieg hat gezeigt, welch mächtiges Volk die Deutschen sind, wenn sie auf die Probe gestellt werden; **darum würde auch ein kommunistisches Deutschland für die Welt weit gefährlicher sein als das kommunistische Rußland. Deutschland besitzt wohl das bestgebildete und am vollkommensten geschulte Proletariat der Welt. Die russischen Intellektuellen und Industrieführer sind fast vollkommen ausgerottet oder vertrieben worden, weil sie im Verdacht der Revolutionsgegnerschaft standen. In Deutschland dagegen stellt die „Intelligenz“ durch Anzahl, Fähigkeiten und Charakter furchtbare Armeen dar.**

Sollte einem Zusammenbruch Deutschlands noch ein böser Winter mit Arbeitslosigkeit und Bankerotten folgen, dann könnte das Land in die Fänge des Kommunismus geraten und Österreich würde unweigerlich folgen.

Ich kann mir für Europa, ja für die ganze Welt keine schlimmere Gefahr denken, als ein großes kommunistisches Staatswesen in Mitteleuropa, das von einem der intelligentesten und diszipliniertesten Völker der Welt geleitet und aufrechterhalten wird.

Hand in Hand mit Deutschland und unter der Führung deutscher Köpfe würde die Bedeutung der russischen Revolution um das Hundertfache wachsen. Rußland hat unerschöpfliche Hilfsmittel in seinem Boden und in seinen ungeheueren und lebenskräftigen Volksmassen. Deutschland wieder besitzt genug Erfahrung, Fähigkeit und Geschick, um den natürlichen Reichtum Rußlands auszubeuten. **Beide Länder zusammen würden eine machtvolle Kombination ergeben, und so wäre es für alle Nationen ratsam, zur Abwendung eines solchen katastrophalen Bündnisses die größten Opfer zu bringen.**

Kleine Rundschau.

Bach'sche Musik zur Propaganda für den Fünf-Jahresplan.

Laut Meldung des „Vorwärts“, dem wir die Verantwortung für die Richtigkeit überlassen müssen, ist Johann Sebastian Bachs berühmtes „Magnificat“ in der Sowjetunion mit einem neuen Text des russischen Dichters Gorodetzki versehen worden. Das „Gottestum“ soll, wie die russische Presse schreibt, in proletarisches Klassenbewußtsein umgewandelt werden. So sei Bachs „Magnificat“ in der neuen russischen Textbearbeitung zur Hymne des schöpferischen Kollektivs und des Fünf-Jahresplanes geworden. Den so zugestutzten Bach hofft man in Rußland als Grundstock der künftigen proletarischen Musik zu verwenden. — Kann man sich eine sinnlosere Entstellung denken als den Künder innigster Herzensfrömmigkeit in der Maske des Propagandisten für die antireligiöse Zwingburg der Sowjetunion?

Wirtschaftliche Rundschau.

Unterzeichnung des deutsch-ungarischen Handelsvertrages.

Die in Berlin begonnenen und seit Ende Juni in Genf fortgeführten deutsch-ungarischen Handelsvertragsverhandlungen sind zum Abschluß gekommen. Der am 18. Juli in Genf unterzeichnete Handelsvertrag, der den ersten Tarifvertrag zwischen beiden Staaten darstellt, enthält neben einem umfangreichen textlichen Teil Tarifanlagen mit den wechselseitigen Zollbindungen und Zollermäßigungen. In dem Vertrag ist entsprechend den letzten Beschlüssen der Europäischen Studienkommission des Völkerbundes deutscherseits für ungarischen Weizen ein Vorzugszoll gewährt worden, der zu seiner Inkraftsetzung der Zustimmung der meistbegünstigten Länder bedarf. Der Vertrag tritt nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft, es ist jedoch eine Verständigung darüber in Aussicht genommen, daß der Vertrag ganz oder in einzelnen Teilen schon vor Austausch der Ratifikationsurkunden beiderseits vorläufig angewandt wird; hierbei sollen die ungarischerseits gemachten Zolltarifkonzessionen in dem Ausmaß in Kraft treten, als die deutscherseits für die Einfuhr eines Kontingents von ungarischen Schlachtrindern gewährten Erleichterungen und der Vorzugszoll für Weizen wirksam werden.

Der Handelsvertrag ist ungarischerseits durch den a. o. Gesandten und bevollmächtigten Minister Alfred von Nickl, deutscherseits durch den deutschen Generalkonsul in Zürich Joachim Windel unterfertigt worden. Nach dem Abschluß des deutsch-rumänischen Handelsvertrages, der in den hauptsächlichen Vertragspunkten die gleichen wirtschaftspolitischen Bedingungen zum Ausdruck bringt, dürfte der deutsch-ungarische Handelsvertrag eine weitere Etappe der Annäherung des deutschen Wirtschaftsgebietes an die südöstlichen Staaten Europas sein.

Konkurs der Nordwolle.

Wie aus Bremen gemeldet wird, ist über das Vermögen der Nordwolle (Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei) am Vormittage des 21. Juli der Konkurs verhängt worden. Die Verwaltung hat selbst den Antrag beim Amtsgericht Bremen eingebracht. Dem Antrage wurde sofort stattgegeben. Das Konkursverfahren bedeutet praktisch die Zerschlagung des Konzerns und es ist mit weitgehenden Stillegungen der Werke zu rechnen. Der Konzern kommt daher nicht nur gegenüber seinen 30 000 Arbeitern, sondern auch gegenüber seinen Abnehmern in eine schwierige Situation.

Noch am Montag haben sich die zuständigen Reichsbehörden mit der Frage beschäftigt, ob die Nordwolle durch Eingreifen des Reiches vor dem Konkurs bewahrt werden könnte. Die Verwaltung des Konzerns war an das Reich mit zwei Wünschen herangetreten. Einmal sollte durch eine Verordnung ein Moratorium hergestellt werden. Zum anderen wünschte man einen Vorschuß des Reiches, um die Fortführung des Betriebes zu sichern. Beide Wünsche wurden abgelehnt. Zunächst einmal konnte durch ein Moratorium, wie es die Nordwolle wünschte, kein Ausnahmezustand für ein einziges Unternehmen geschaffen werden, da die Rechte der Gläubiger auch in diesem Falle zu wahren sind, und zweitens konnte der Staat, angesichts der Einschränkungen im ganzen Reiche, die Mittel nicht zur Verfügung stellen. Es handelte sich nämlich nicht um vorübergehende Stockungen, sondern um einen mit riesigen Verlusten verbundenen Zusammenbruch, an welchem die Danat-Bank mit Riesensummen beteiligt ist. Die Gläubigeransprüche werden auf 240 Millionen Rm., wovon 116 Millionen allein auf Bankansprüche entfallen, geschätzt. Von Bedeutung ist der Konkurs übrigens auch für das Strafverfahren gegen die Brüder Lahusen, die wegen verschiedener Konkursvergehen zur Verantwortung gezogen werden. — Wie aus Bremen ferner berichtet wird, soll noch zur Zeit des Konkursverfahrens eine neue Gesellschaft gegründet werden, um unter neuer Führung den Betrieb des Werkes wieder aufzunehmen.

Widzewer Manufaktur beantragt Gerichtsaufsicht.

Am 21. Juli ging beim Bezirksgericht in Lodz der Antrag der Widzewer Manufaktur um Gerichtsaufsicht ein. Die Tatsache, daß die größte Textilfabrik Polens Gerichtsaufsicht beantragte, hat in Polen berechtigtes Aufsehen erregt. Die Widzewer Manufaktur hat bekanntlich vor Wochen eine Forderung um Hilfeleistung an die Regierung gerichtet mit der gleichzeitigen Ankündigung, daß sie im Falle eines abschlägigen Bescheides von seiten des Staates den Betrieb wird einstellen müssen. Die Regierung hat sich mit dieser Forderung nicht begnügt und hat auf Grund der durchgeführten Untersuchungen die Wiederaufnahme des Betriebes verlangt. Erst am vergangenen Donnerstag hatte die Widzewer Manufaktur mit 2200 Arbeitern den Betrieb aufgenommen.

In Lodzer Industriekreisen wird festgestellt, daß der Entschluß, Gerichtsaufsicht zu beantragen, in einer Sitzung der Fabrikleitung in der Nacht zum 20. d. M. gefaßt wurde. Obwohl die Fabrik in einer schwierigen Lage sich befand, so hat dieser Schritt trotzdem als Überraschung zu gelten. Man ist in Lodzer Industriekreisen ferner der Ansicht, daß der Zahlungsaufschub der Widzewer Manufaktur keine Verluste nach sich ziehen wird und man hofft, daß dieses Unternehmen die Schwierigkeiten überwinden wird.

Der internationale Stickstoffmarkt.

Keine Verlängerung des Stickstoffabkommens.

Die Stickstoffverhandlungen in Luzern, die den Wirtschaftsfrieden auf dem internationalen Stickstoffmarkt durch Verlängerung und Neuregelung des Stickstoffabkommens herstellen sollten, sind gescheitert. Die Lage am internationalen Stickstoffmarkt erfährt dadurch eine Zuspitzung, die von unabsehbaren Folgen sein kann. Dieses Thema behandelt ein in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erschienener Aufsatz, dem wir u. a. folgendes entnehmen:

Nach dem ergebnislosen Verlauf der zwischen den europäischen Stickstoff-Ländern und Chile am 15. d. Mts. in Luzern gepflogenen Endverhandlungen bezüglich Neufestsetzung von Erzeugungs- und Absatzquoten, teilweise auch über eine bestimmte Preispolitik darf man einer Verschärfung des Kampfes aller gegen alle am Weltmarkte entgegensehen. Die Nichterneuerung der Convention Européenne de l'Azote bedeutet aber nicht nur für eine ganze Reihe Länder, die erst seit einigen Jahren die Stickstoff-Synthese in größerem Maßstabe betreiben und andauernd erweitern, sondern auch zweifellos für Chile selber eine Gefahrenquelle. Denn die Synthese ist seit vielen Jahren immer mehr zur Mehrerzeugung von Salpetersorten übergegangen. Die deutsche Industrie, der der Kampf der Chilenen zu allererst gilt, hat den Kalkammon- und Leunasalpeter neben anderen neuartigen Düngern sowie namentlich den ballastfreien Mischdünger so stark zu entwickeln gewußt, daß wenigstens die Sortenfrage gegenüber dem einheitlichen Chilesalpeter für Deutschland ein erhebliches Plus insofern bedeutet, als die deutsche Chemie durchaus die Möglichkeit hat, sich immer mehr darauf umzustellen, sobald die zumeist von London aus betriebene chilenische Propaganda hinsichtlich der angeblichen Versäuerung der Böden durch schwefelsaures Ammoniak in der Welt stärkere Resonanz finden sollte.

Aber auch in anderen Ländern, so namentlich in Norwegen, jetzt auch in Frankreich, Polen u. a. bekommen die Salpetersorten eine immer größere Bedeutung innerhalb der nationalen Erzeugung von Stickstoffdünger. Im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit von Kampfmaßnahmen hatten zwar die Chilenen, d. h. also die „Cosach“, an welcher die dortige Regierung hälftig beteiligt ist, die Ausfuhr zu forcieren gesucht. Es sind überall entsprechend große Lagerbestände an Salpeter vorhanden. Chile sucht seine auf dem europäischen Festlande, in England, Skandinavien, namentlich in Ägypten und in Chile selber lagernden riesigen Bestände, die kaum weniger als eine anderthalbjährige Produktionsziffer umfassen, rasch zu verringern.

Es scheint, daß Chile bei den Verhandlungen in Paris und Scheveningen, aber auch in Luzern von der europäischen Industrie willige Opfer verlangte, wie dies ja anläßlich der Gründung der „CIA“ im Sommer 1930 unter Beistand der National City Bank der Fall war. Es ist jetzt auch eine gewisse Prestigefrage für Chile, keine Verschlechterung der ihm 1930 seitens Europas zugestandenen Vorteile, also namentlich des geringen Zuschusses zur Ausgleichskasse CIA, freierer Preise und eines relativ hohen Absatzkontingents, zuzulassen.

Daß die Chilenen diesmal nicht durchgedrungen sind, liegt im wesentlichen daran, daß die Opfer abermals in der Hauptsache auf die deutsch-norwegisch-englische Gruppe gewälzt worden wären, die ohnehin ihre Leistungsfähigkeit im letzten Düngejahr zugunsten der im fortschreitenden Ausbau befindlichen übrigen europäischen Industrien besonders stark brachgelegt hat. Die Weltkapazität beträgt mehr als die unlängst in Scheveningen aufgestellte Ziffer von 4 Millionen Tonnen, der Weltverbrauch ist aber kaum noch, wie dort optimistischerweise berechnet wurde, 1½ Millionen Tonnen, sondern weniger. Diese 1½ Millionen Tonnen könnte die deutsch-englisch-norwegische Industrie allein bewältigen, sie arbeitet aber in Wirklichkeit nur mit zusammen etwa 50 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit.

Man darf vor allem im neuen Düngejahr sich auf mancherlei Preiskämpfe gefaßt machen, hervorgerufen einmal durch das Bedürfnis der Chilenen nach Absatz der bereits in den Verbrauchsländern lagernden Konsignationen im Kampfe mit den nationalen Industrien, sodann durch steigende Überschüsse Belgiens, Hollands, Polens, Englands, der Tschechoslowakei, vielleicht auch Italiens. Auch der IG. Farbenindustrie und der Norsk Hydro ist durchaus die Möglichkeit gegeben, ihre Produktion wiederum zu erweitern und durch bessere Ausnutzung der Anlagen auch so zu verbilligen, daß mit den jüngeren Stickstoffländern kräftig ein Wettbewerb aufgenommen werden kann. Da auch das internationale Kalkstickstoff-Syndikat nunmehr in seinem Bestande gefährdet ist, ist es durchaus verständlich, daß auf dem Wege der Notverordnung in Deutschland auch Kalkstickstoff mit einem Zollsatz von 12 RM. je Doppelzentner belegt worden ist. Dieser Zoll sowie die auf 24 RM. normierten Sätze für salpetersaures Natron (Chilesalpeter) und salpetersaures Ammoniak bzw. Kali bilden einen starken Schutz des Inlandsmarktes gegen die stark angestiegene Einfuhr aus Polen und der Tschechoslowakei. (Die vorjährige Einfuhr von schwefelsaurem Ammoniak betrug 447 608 Doppelzentner gegen nur 2124 Doppelzentner im Jahre 1929, davon über die Hälfte aus Polnisch-Oberschlesien.) Ohne den Schutzpanzer des Zolles wäre die deutsche Industrie arg bedroht. Frankreich suchte seine Stickstofferzeugung mit Rücksicht auf seine Werke in Toulouse vor jeder Einschränkung zu schützen. Diese Stellungnahme hat die Verhandlungen in Luzern noch erschwert.

Unter den europäischen Ländern ist lediglich Italien, das noch einen Zustand des Gleichgewichtes zwischen Erzeugung und Verbrauch hat, aber auch Italien hofft, bald erfolgreich ausführen zu können. Somit steht die Leistungsfähigkeit der Stickstoff erzeugenden Länder zu der jetzigen Verbrauchsfähigkeit überall vorerst in einem Mißverhältnis, so daß die Folgen am Weltmarkte demnächst nur ungünstig sein werden, umso mehr, da Rußland mit Hilfe der Nitrogen Engineering ebenfalls nach Selbstversorgung strebt, so daß der Rußland-Absatz auch hier keine kaufbereite Absatzinsel mehr bilden wird.

Die Stickstoffrage ist auf dem toten Punkte angelangt. Die Sachwalter dieses Problems haben dadurch, daß eine Einigung über die Produktions-Einschränkung und Kontingentierung nicht erzielt worden ist, die Weltbaisse in ein schärferes Stadium treten lassen. Vorerst dürfte jeder Wille zur Einigung an der Unnachgibigkeit Chiles scheitern, der Weg zur Einigung wird erst dann frei werden, wenn das gegenwärtige in keinem Verhältnis zur Nachfrage stehende Überangebot des Stickstoffes am Weltmarkt die Preiskatastrophe mit all ihren Folgen heraufbeschwören wird. Jetzt bleibt nichts als die Hoffnung, daß die Stickstoffverhandlungen im Herbst wieder von neuem beginnen werden.

Der neue polnisch-tschechoslowakische Umschlagtarif für die Donauhäfen.

o. Ab 1. Juli d. Js. verpflichtet bekanntlich ein neuer polnisch-tschechoslowakischer Umschlagtarif nach und von den Donauhäfen Preßburg und Komorn. Dieser Tarif ist besonders bearbeitet für polnische Exporttransporte, die für die weitere Verfrachtung auf der Donau nach Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien bestimmt sind, sowie für Importware nach Polen aus diesen Ländern. Die polnischen Exportwaren, auf die die Tarifermäßigungen dieses Umschlagtarifes angewandt werden, sind folgende: Mineralöle und Produkte daraus, Zuckerrübensamen, Zement, Kunstdünger, Gewebe, Holzwolle, Terpentin, Zink, Salz, Roheisen, Erzeugnisse aus Eisen und Stahl, verschiedene Maschinen, Farben, Blei, landwirtschaftliche Maschinen, Wolle, Rohleder, Reis, Fette, Kohle und Koks. Bei dem Import nach Polen genießen die besonderen Exportermäßigungen folgende Waren: Obst, Getreide, Tabak und Erze. Waren verschiedener Art, die in Sammelsendungen nach Polen gesandt werden, genießen ebenfalls beim Transport aus den obengenannten Ländern über die beiden Donauhäfen nach Polen gewisse Tariferleichterungen, jedoch keine so großen, wie die vier Arten der obenangeführten Waren. Sowohl von Preßburg wie von Komorn besteht eine tägliche Verbindung nach den Balkanstaaten und zurück. Die Transportkosten auf diesem Wege sind infolge der Tariferleichterungen niedriger, als bei ausschließlicher Benutzung des Eisenbahnweges. Die einzige Vertretung der tschechoslowakischen Donauschiffahrtsgesellschaft in Preßburg besitzt für Polen die Transportfirma Hartwig.

Polens Kunstdüngerverbrauch geht zurück.

Der Verbrauch an Kunstdüngemittel ist einer statistischen Aufstellung des Warschauer Instituts für Konjunkturforschung zufolge im Frühjahr d. Js. stark zurückgegangen. Wie groß der Ausfall der Kunstdüngerindustrie am polnischen Absatzmarkt ist, ergibt sich aus folgender vergleichender Zusammenstellung für die Wirtschaftsjahre 1929/30 und 1928/29: in der Kalkstickstoffgruppe ist der Verbrauch um 57 Prozent bzw. 74 Prozent, in der Kali-Gruppe um 55 bzw. 77 Prozent, bei den phosphorhaltigen Düngemitteln um 48 bzw 74 Prozent zurückgegangen. Der Wert der der polnischen Landwirtschaft gelieferten Kunstdüngemittel hat sich 1930/31 im Vergleich zum Vorjahre um 63 Prozent, im Vergleich zum Jahre 1928/29 nicht weniger als um 80 Prozent verringert.

Verlängerung der Bankfeiertage in Danzig. Der Senat von Danzig hat am 21. Juli ein Dekret veröffentlicht, auf Grund dessen die Bankfeiertage bis zum 25. d. M. einschl. verlängert werden. Das Dekret normiert ferner die Höhe der Auszahlungen derart, daß von Konten mit einem Saldo bis zu 500 Gulden 50 Gulden, von Konten mit einem Saldo von über 500 Gulden 125 Gulden ausgezahlt werden. Die Sparkassen bringen nur 30 Gulden zur Auszahlung.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 22. Juli auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 7½ %, der Lombardsatz 8½ %.

Der Zloty am 21. Juli. Danzig: Ueberweisung 58,22 Berlin: Ueberweisung, große Scheine 46,92½—47,32½, London: Ueberweisung 43,45, Newyork: Ueberweisung 11,21½, Wien: Ueberweisung 79,44—79,42, Zürich: Ueberweisung 57,60.

Warschauer Börse vom 21. Juli. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 124,50, 124,81 — 124,19, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland —, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 43,30, 43,41 — 43,19, Newyork 8,925, 8,945 — 8,905, Oslo —, Paris 35,05½, 35,14 — 34,97, Prag 26,45, 26,51 — 26,39, Riga —, Stockholm —, Schweiz 173,70, 174,13 — 173,27, Tallin —, Wien 125,48, 125,79 — 125,17, Italien 46,70, 46,82 — 46,58.

Berlin, 21. Juli. Amtliche Devisenkurse der Deutschen Reichsbank: Newyork 4,209—4,217, London 20,425—20,465, Danzig 80,97 bis 81,13, Schweiz 81,89—82,05, Paris 16,53—16,57, Prag 12,47—12,49, Wien 59,09—59,31, Amsterdam 169,78—170,12, Italien 22,02—22,06, Warschau 47,075—47,275.

Züricher Börse vom 21. Juli. (Amtlich.) Warschau 57,60, Paris 20,17½, London 24,95, Newyork 5,14½, Belgien 71,62½, Italien 26,87½, Spanien 47,20, Amsterdam 207,45, Wien 72,30, Stockholm 137,45, Oslo 137,30, Kopenhagen 137,30, Sofia 3,72½, Prag 15,24, Budapest 90,02½, Belgrad 9,08½, Athen 6,65, Konstantinopel 2,43½, Bukarest 3,05½, Helsingfors 12,92½, Buenos Aires 1,58, Japan 2,53½. Privat-Diskont 2¼ pCt.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,95 Zł., do. kl. Scheine 8,94 Zł., 1 Pfd. Sterling 43,14 Zł., 100 Schweizer Franken 173,02 Zł., 100 franz. Franken 34,91½ Zł., 100 deutsche Mark —,— Zł., 100 Danziger Gulden 171,07 Zł., tschech. Krone 26,35 Zł., österr. Schilling 124,98 Zł.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 21. Juli. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty frei Station Posen.

Richtpreise:

Weizen	24.00—24.50	Sommerwicke	—.—
Roggen	22.75—23.25	Peluschken	—.—
Wintergerste	19.00—20.00	Felderbsen	—.—
Braugerste	—.—	Viktoriaerbsen	—.—
Futterhafer	27.50—28.50	Blaue Lupinen	—.—
Roggenmehl (65%)	39.00—40.00	Gelbe Lupinen	—.—
Weizenmehl (65%)	39.00—42.00	Speisekartoffeln	—.—
Weizenkleie	—,—	Fabrikkartoffeln	—.—
Weizenkleie (grob)	—,—	Exportkartoffeln	—.—
Roggenkleie	—,—	Roggenstroh, gepr.	—.—
Rübsen	—,—	Heu, lose (neu)	—.—
Raps	27,00—28.00	Heu, lose (alt)	—.—

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 90 to, Weizen 290 to.

Getreide, Mehl und Futtermittel. Warschau, 21. Juli. Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität **Waggon** Warschau: Roggen 22,50—23,50, Einheitshafer 30—32, Sammelhafer 28,50—29,50, neue Wintergerste 22,50—23,50, Luxus-Weizenmehl 55—65, Weizenmehl 4/0 50—55, Roggenmehl nach Vorschrift 44—45, grobe Weizenkleie 16,50—17,50, mittlere Weizenkleie 15—16, Roggenkleie 14,50—15,50, blaue Lupinen 24—25, gelbe Lupinen 35—37, Winterraps 30—32. Der Geschäftsverkehr entwickelte sich nur stockend.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer vom 21. Juli. (Großhandelspreise für 100 kg.) Weizen 23,00—23,50 Zł., Roggen 22,50—23,00 Zł., Wintergerste 18.50—19,50 Zł., Braugerste —,— Zł., Felderbsen —,— Zł., Viktoriaerbsen —,— Zł., Futterhafer 26,00—27,00 Zł., Fabrikkartoffeln —,— Zł., Speisekartoffeln —,— Zł., Kartoffelflocken —,— Zł., Weizenmehl 70% —,— Zł., do. 65% —,— Zł., Roggenmehl 70% —,— Zł., Weizenkleie 13.00—14,50 Zł., Roggenkleie 14.00—14 50 Zł. Engrospreise franko Waggon der Aufgabestation.

Gesamttendenz: ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 21. Juli. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen märk., 75—76 Kg., 256,00—258,00 Roggen märk., 70—71 Kg. 188,00—193,00, Braugerste —,—, Neue Wintergerste 151,00—159,00, Hafer märk. 163,00—169 00, Mais —,—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 30,75—37,25, Roggenmehl 27,75—30,00, Weizenkleie 13.00—13,25, Roggenkleie 11,75—12,25, Viktoriaerbsen 26,00—31,00, Kleine Speiseerbsen —,—, Futtererbsen 19.00 bis 21,00, Peluschken —,—, Ackerbohnen 19,00—21,00, Wicken 24.00—28,00, Lupinen, blaue 18,00—20,00, Lupinen, gelbe 24,00—29,00, Seradella —,—, Rapskuchen 9,30—9,80, Leinkuchen 13,70 bis 14.00, Trockenschnitzel 7.60—7.80, Soya-Extraktionsschrot 13,00 bis 13,70, Kartoffelflocken —,—.

Viehmarkt.

Posener Viehmarkt vom 21. Juli. (Amtlicher Marktbericht der Preisnotierungskommission.)

Es wurden aufgetrieben: 480 Rinder, 1700 Schweine, 410 Kälber, 432 Schafe; zusammen 3022 Tiere.

Man zahlte für 100 Kilogramm Lebendgewicht in Zloty (Preise loko Viehmarkt Posen mit Handelsunkosten):

Rinder: Ochsen: vollfleisch., ausgem. Ochsen von höchstem Schlachtgew., nicht angesp. 98—104, vollfleisch., ausgem. Ochsen bis zu 3 J. 90—96, junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete —,—, mäßig genährte junge, gut genährte ältere —,—. Bullen: vollfleischige, ausgemästete von höchstem Schlachtgewicht 96—102, vollfleisch., jüngere 84—94, mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 70—80, mäßig genährte 62—68. Kühe: vollfleischige, ausgemäst. von höchstem Schlachtgew. 104—110, Mastkühe 88—100, gut genährte 66—70, mäßig genährte 44—54. Färsen: vollfleischige, ausgemästete 104—110, Mastfärsen 90—96, gut genährte 74—84, mäßig genährte 64—70. — Jungvieh: gut genährtes 64—70, mäßig genährtes 56—62.

Kälber: bestes Mastvieh (Doppellender) 110—120, beste, gemästete Kälber 100—106, mittelmäßig gemästete Kälber und Säuger bester Sorte —,—, gut genährte 90—96, mäßig genährte 80—86.

Schafe: Stallschafe: Mastlämmer und jüngere Masthammel 120—132, gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe 100, gut genährte —,—, alte Mutterschafe —,—.

Schweine: Gemästete 120—150 Kilogramm Lebendgewicht 166—170, vollfl. von 100—120 Kilogramm Lebendgewicht 158—164, vollfleischige von 80—100 Kilogramm Lebendgewicht 148—156, fleischige Schweine von mehr als 80 Kilogramm Lebendgewicht 130—140, Sauen u. späte Kastrate 150—156. Bacon-Schweine 130—140.

Marktverlauf: normal.

Danziger Schlachtviehmarkt. Amtl. Bericht vom 21. Juli. Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Danziger Gulden.

Man zahlte für 1 Pfd. Lebendgewicht in Goldpfennigen:

Ochsen: Gemästete höchsten Schlachtwertes, jüngere 30—31, ältere —,—, vollfleischige, jüngere 27—29, andere ältere —,—. Bullen: jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts [illegible], sonstige vollfleischige oder ausgemästete 27—29, fleischige 24 [illegible] 6. Kühe: Jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts [illegible]—27, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 21—23, fleischige 18—20, gering genährte bis 16. Färsen (Kalbinnen): Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts 30—32, vollfleischige 27—29, fleischige —,—. Fresser: mäßig genährtes Jungvieh 18—20. Kälber: Doppellender bester Mast 75—80, beste Mast- und Saugkälber 43—45, mittlere Mast- u. Saugkälber 35—38, geringe Kälber 18—20. Schafe: Mastlämmer u. junge Masthammel, Weide- u. Stallmast 40—42, mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte Schafe 34—36, fleischiges Schafvieh 28—30, gering genährtes Schafvieh bis —. Schweine: Fettschweine über 300 Pfd. Lebendgew. 45—46, vollfleisch. Schweine von ca. 240—[illegible] Pfd. Lebendgew. 44—45, vollfleischige Schweine von ca. 200—240 Pfd. Lebendgewicht 42—44, vollfleischige Schweine von ca. 160—200 Pfd. Lebendgewicht 41—42, fleisch. Schweine von ca. 120—160 Pfd. Lebendgewicht —,—, fleisch. Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht —,—. Sauen 38—40.

Bacon-Schweine 44—45.

Auftrieb: 31 Ochsen, 102 Bullen, 58 Kühe, zus. 191 Rinder 129 Kälber, 200 Schafe, 2296 Schweine.

Marktverlauf: Rinder ruhig; Kälber, Schafe und Schweine geräumt.

Bemerkungen: Die notierten Preise sind Schlachthofpreise. Sie enthalten sämtliche Unkosten des Handels einschl. Gewichtsverluste.

Berliner Viehmarkt vom 21. Juli. (Amtlicher Bericht der Preisnotierungskommission.)

Auftrieb: 1253 Rinder, darunter 233 Ochsen, 418 Bullen, 602 Kühe und Färsen, 2300 Kälber, 5692 Schafe, — Ziegen, 9768 Schweine, — Auslandsschweine.

Die notierten Preise verstehen sich einschließlich Fracht, Gewichtsverlust, Risiko, Marktspesen und zulässigen Händlergewinn.

Man zahlte für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennigen:

Rinder: Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts (jüngere) 50—51, b) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts im Alter von 4 bis 7 Jahren 47—49, c) junge, fleischige nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 44—46, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 37—43. Bullen: a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts 43—45, b) vollfleischige jüngere höchsten Schlachtwerts 43—44, c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 40—42, d) gering genährte 36—38. Kühe: a) jüngere, vollfleischige höchsten Schlachtwerts 33—37, b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete 26—31, c) fleischige 21—25, d) gering genährte 18—20. Färsen (Kalbinnen): a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts 43—46, b) vollfleischige 40—42, c) fleischige 36—39. Fresser: 33—37.

Kälber: a) Doppellender feinster Mast —,— b) feinste Mastkälber 52—59, c) mittlere Mast- und beste Saugkälber 45—55, d) geringe Mast- und gute Saugkälber 32—42.

Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel: 1. Weidemast, —,—, 2. Stallmast 53—55, b) mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte junge Schafe 1. 47—52, 2. 40—43, c) fleischiges Schafvieh 40—45, d) gering genährtes Schafvieh 27—36.

Ziegen: —,—.

Marktverlauf: Bei Rindern und Kälbern ziemlich glatt; bei **Schafen in guter Ware glatt, sonst ruhig; bei Schweinen glatt.**